

9 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.43 Uhr.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich darf wieder alle Zuhörer:innen und Zuseher:innen via Livestream begrüßen. Wir sind wieder im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung. Im Vorfeld haben die Klubobleute wieder folgenden Tagesordnungspunkten zugestimmt, dass sie en bloc abgestimmt werden können. Ich wiederhole nur noch einmal, die Tagesordnungspunkte 5 und 7 sind abgesetzt worden. Tagesordnungspunkt 8 kann einstimmig en bloc abgestimmt werden. Weiters en bloc abgestimmt werden können, die Tagesordnungspunkte 10, 11, 12, 13 und 14. Tagesordnungspunkt 17 gegen die Stimmen der Neos sowie die Punkte 18 und 19. Wir kommen zum Punkt 1 zurück, hier darf ich bitten, Frau Kollegin Pogner, es geht um die Teuerungsprämie für unsere Mitarbeiter:innen in der Kinderbetreuung.

en bloc:

9.1 Stk. 8) A23-028212/2013/0068

**Grazer Umwelt-Sonderförderungen
zur Emissions- und
Feinstaubreduktion –
Förderrichtlinien 2024 –
Aktualisierungen und Verlängerung**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

(1) Die Änderungen gemäß Motivenbericht

a.) im allgemeinen Teil aller Förderrichtlinien, insbesondere die Geltungsdauer der Förderaktion von 01.01.2024 bis 31.12.2024,

b.) in den besonderen Förderbestimmungen folgender Förderrichtlinien:

- 1. Förderung von Fernwärme-Heizungsumstellungen nach sozialen Einkommenskriterien
- 2. Förderung von Fernwärmehausanlagen-Heizungsumstellungen
- 3. Förderung von thermischen Solaranlagen
- 4. Förderung zur Dämmung der obersten Geschosdecke von Altbauten
- 5. Förderung von Photovoltaik-Gemeinschaftsanlagen
- 6. Förderung von umweltfreundlichen Fahrzeugflotten

- 7. Förderung von Lastenfahrräder
- 8. Förderung von Fahrradabstellanlagen
- 10. Förderung einer urbanen Begrünung

werden in den vorgeschlagenen Fassungen gemäß Beilage als Maßnahme zur Reduktion von Feinstaub und anderen Luftschadstoffen, zur Verbesserung der stadtklimatologischen Bedingungen und zur Abfallreduktion genehmigt.

(2) Förderanträge mit geringen Abweichungen von der jeweiligen Förderrichtlinie können mit der entsprechenden Begründung vom zuständigen Stadtsenatsreferenten/ von der zuständigen Stadtsenatsreferentin genehmigt werden.

(3) Über nach diesen Richtlinien gewährte Förderungen im Betrag von mehr als € 1.500,- hat das Umweltamt dem Stadtsenat halbjährlich einen Informationsbericht vorzulegen.

(4) Die ggst. Sonderförderrichtlinien gelten nur unter der Maßgabe, dass eine entsprechende Finanzmittelvorsorge im Voranschlag 2024 der Landeshauptstadt Graz genehmigt wird.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 9.2 Stk. 10) A8-021777/2006/0510** **Verkehrsverbund Steiermark;
Zusatzvereinbarung zum Grund- und
Finanzierungsvertrag (GuF) betreffend die
Abwicklung der Bundesförderung für die
Bestellung von Verkehrsdiensten**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Genehmigung der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Zusatzvereinbarung zum Grund- und Finanzierungsvertrag (GuF) für den Verkehrsverbund Steiermark, abzuschließen zwischen der Republik Österreich, dem Land Steiermark, der Stadt Graz sowie der Verkehrsverbund Steiermark GmbH betreffend die Abwicklung der Besteller-Förderung gemäß §§ 24 Abs. 2 und 26 Abs. 3 Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehrsgesetz 1999 (ÖPNRV-G 1999) rückwirkend mit 1. Jänner 2023.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 9.3 Stk. 11) A8/4-07502/2020** **Vorbehaltsfläche (V.B) –**
A8-205499/2022-116 b **Eggenberger Gürtel-Grasweg**
 Nr. 949/12, KG 63105 Gries
 1. Erwerb einer insgesamt 1.221m²
 großen Grundstücksteilfläche
 Antrag auf Zustimmung
 2. Budgetvorsorge über € 1.526.000,-
 im Jahr 2023

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz kauft eine insgesamt 1.221m² große Teilfläche des Grundstückes Nr. 949/2, KG 63105 Gries.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. November 2023

2. Der Budgetvorsorge des Kaufpreises in Höhe von gerundet€ 1.526.000,- wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
210	269000	1.001000	12103330	Eggenberger Gürtel/Grasweg / Unbebaute Grundstücke	D.210333	+1.526.000	
180	269000	2.346000		Investitionsdarlehen		+1.526.000	

Die Bedeckung des Kaufpreises in 2023 in Höhe von gerundet€ 1.526.000,-, erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger

9.4 Stk. 12) A8/4-97067/2023

**städt. Gdst. Nr. 40/5, EZ 1481, KG
Rudersdorf, Brauquartier –
Herrgottwiesgasse 292 Einräumung einer
grundbücherlichen Dienstbarkeit zur
Verlegung und zum Betrieb einer
unterirdischen 20-kV-Kabelleitung auf
immerwährende Zeit
Antrag auf Zustimmung**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Energienetze Steiermark GmbH wird die grundbücherliche Dienstbarkeit zur Verlegung, zum Bestand und zum Betrieb einer unterirdischen 20-kV-Kabelleitung und von Lichtwellenleitern auf dem städt. Gdst. Nr. 40/5, EZ 1481, KG Rudersdorf, welche im beiliegenden Plan vom 14.02.2023 in rot eingezeichnet sind, auf immerwährende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**9.5 Stk. 13) A13-53405/2022/5
A8-205500/2022/55**

**Förderung der Nationale Special Olympics
Winterspiele 2024, 14.-18. März 2024
Graz/Seiersberg/Ramsau/Schladming,
in Höhe von Euro 300.000 (je Euro 150.000
für 2023 und 2024)**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 95 und § 93 Abs. 1 des Statutes des Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr 130/1967 idF LGBl Nr 118/2021 und gemäß § 8 der Förderungsrichtlinie, die mit Beschluss des Gemeinderates vom 11.4.2019 festgelegt wurde, beschließen:

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. November 2023

1. Special Olympics Austria erhält für die Durchführung der „Nationalen Special Olympics Winterspiele 2024“ eine Förderung in Höhe von Euro 300.000,-, wobei Euro 150.000,- im November 2023 und Euro 150.000,- im Jänner 2024 ausbezahlt werden.

Die Auszahlung erfolgt jedenfalls erst nach den schriftlichen Zusagen der Fördersummen von Bund und Land Steiermark.

Sollten sich die zugesagten Fördersummen von Bund oder Land Steiermark verringern, verringert sich entsprechend auch die Förderung der Stadt Graz.

2. Folgende Budgetveränderungen werden im Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 genehmigt:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
270	269000	1.755000	22700002	Sonderveranstaltungen	D.270005	+150.000	+150.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		-150.000	-150.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.6 Stk. 14) Präs. 039689/2019/0018 Entsendung von Bediensteten der Geriatrischen Gesundheitszentren (GGZ) in Körperschaften und Kommissionen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Landeshauptstadt Graz in die betreffenden Körperschaften und Kommissionen werden die der beiliegenden Liste zu entnehmenden Bediensteten der GGZ bestellt. Die Liste bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Entsendung von GGZ-VertreterInnen in Gremien lt. Statut der Landeshauptstadt Graz § 45 Abs. 2 Ziffer 1 *ohne Anrede und Titel

Gremien	Funktion	GGZ-Vertreter:innen
Ärztelammer Steiermark	Spzialarztevertreter:Stellvertreterin (SPÄV-SV)	Monika Löhner
Basale Stimulation	Kassierin Schriftführerin	Sabine Namor-Ranegger Michaela Löschnigg-Tausz
Burte älterer – Gemeinütziger Verein für ehrenamtliche Begleitung und Betreuung von Senior:innen	Vorstandsmitglied 1. Kassaprüferin 2. Kassaprüfer	Zoglmeier Robert Daniela Knapp Gerd Hartinger
Hospizverein für Steiermark	Vorstandsmitglied	Gerd Hartinger
Landesverband Altenpflege Steiermark	Obrmann Stellvertreter	Gerd Hartinger
Lebenswelt Heim – Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs	Vorstandsmitglied	Gerd Hartinger
Österreichische Wachkomagengesellschaft	1. Vorsitzender 2. Vorsitzender Schriftführerin Kassierin	Gerald Pichler Jörg Hohensinner Michaela Löschnigg-Tausz Anrika Thonhafer
Österr. Berufsverband für Anästhesie- & Intensivpflege (ÖBAI)	Vorstandsmitglied	Jörg Hohensinner
Qualitäts sicherungskommission des Gesundheitsfonds Steiermark/der Gesundheitsplattform Steiermark	Mitglied für Sonstige Fondsspieler	Gerd Hartinger
Vereinigung der Krankenhausrätsleiter Steiermark – Kurie sonstige Rechtsträger Mitglied Kurie sonstige Rechtsträger	Vorstandsmitglied Stv. Mitglied	gerd Hartinger Wolfgang Kraky
Verein AAL Zentrum Eßther	Obrmann Mitglied	Wolfgang Kraky Goldgruber Judith
Verein Netzwerk Altersmedizin Steiermark	Präsident Schriftführer	Walter Schlipfinger Gerald Pichler
Netzwerk Demenz Steiermark	Beratungsmitglied Stv. Beratungsmitglied	Walter Schlipfinger Gerald Pichler

GRAZ
GERIATRISCHE
GESUNDHEITSENZENTREN

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.7 Stk. 17) A8-020081/2006/0319 A8-205500/2022758 A10/BD-020356/202074 A10/8-153257/2023/1	 Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH; Masterplan „Maintenance Graz Linien“ – 2. Planungsbeschluss Teilprojekte „Steyrergasse Süd“ und „Auer-Welsbach-Gasse“ Budgetvorsorge im ICF Stadtbaudirektion iHv. 100.000 Euro
--	---

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadtbaudirektion und die Abteilung für Verkehrsplanung werden beauftragt, eine funktionale Überprüfung und Plausibilitätskontrolle der bisher vorliegenden, ggfs. neu zu erarbeitenden, Planungen aus dem Programm Maintenance Graz Linien vorzunehmen und bis Ende Q1/2024 einen Abschlussbericht vorzulegen. Dazu wird ein geeignetes Unternehmen beauftragt und ein Lenkungsausschuss mit den Vertretern des Magistrates Graz und der Holding Graz eingerichtet.

Der Finanzbedarf für die Beauftragung dieser externen Überprüfung beträgt 100.000 Euro. Dieser Betrag ist bereits im Entwurf des Budget 2024 der Stadt Graz vorgesehen, welcher dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung (Budgetgemeinderat) vorgelegt wird. Die Beauftragung durch die Stadtbaudirektion erfolgt nach Budgetbeschluss noch im Jahr 2023, weshalb die budgetäre Vorsorge in SAP bereits 2023 eingestellt wird. Die Auszahlung erfolgt erst 2024. In SAP wird der neue DR D.220450 und die HHP 12204500 beziehungsweise 42204500 eingerichtet.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. November 2023

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
220	030000	1.060000	12204500	Maintenance Graz – Plausibilitätskontrolle / AiB Grsteinr.	D.220450	+100.000	
180	030000	2.346000		Investitionsdarlehen		+100.000	

2. Der Bericht über den Planungsstand der Projekte „Maintenance Steyrergasse Süd“ und „Auer-Welsbach-Gasse“, die Teilprojekte des Masterplan „Maintenance Graz Linien“ gemäß Grundsatzbeschluss vom 14. Mai 2020 und erstem Planungsbeschluss vom 25. Februar 2021 sind, wird zur Kenntnis genommen.

3.

a. Der Finanzbedarf für die Planungsphase 2 für die Entwurfs- und Einreichplanungen beträgt 4.150.000 Euro. Dieser Betrag ist bereits im Entwurf des Wirtschaftsplans 2024 der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH vorgesehen, welcher dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung (Budgetgemeinderat) als Bestandteil des Haus Graz Budgets zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

b. Entsprechend dem Projektvolumen müssen die jeweiligen Projektorganisationen angepasst werden. Das bedeutet insbesondere eine Erweiterung der internen Ressourcen für die nicht auslagerbaren Projektleitungsaufgaben mit 2 VZÄ. Daher beabsichtigt die Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH ihren Personalstand mit zwei Fachleuten, vorzugsweise aus dem internen Arbeitsmarkt, zu erhöhen und diese Erhöhung

ebenfalls dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung (Budgetgemeinderat) im Rahmen des Budgets 2024 sowie der Mittelfristplanung 2025-2028 als Bestandteil des Haus Graz Budgets zur Beschlussfassung vorzuschlagen.

c. Nach Vorliegen des externen Abschlussberichtes werden die eisenbahn-, straßen- und baurechtlichen Einreichplanungen für die jeweiligen Projekte der Remisen und Werkstätten, sowie jene in der Auer-Welsbach-Gasse durch den neu eingerichteten Lenkungsausschuss freigegeben. Da die Maßnahmen für die BALSÄ sehr zeitkritisch gesehen werden, sollen die diesbezüglichen Planungen der Graz Linien nach Freigabe durch diesen Lenkungsausschuss vorgezogen werden.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

9.8 Stk. 18) A8-205499/2022/114

Sparbuchbehebung

- 1. Erhöhung der LCF-Werte diverser Abteilungen, Kürzung/Veränderung der Rücklage**
- 2. Budgetvorsorge im LCF 2023
iHv. 1.326.300,- Euro**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Erhöhung der LCF-Werte diverser Abteilungen iHv. 1.326.300,- Euro und die Kürzung der Sparbuchrücklage iHv. 1.826.300,- Euro wird beschlossen.
2. Der Budgetvorsorge im LCF 2023 iHv. 1.326.300,- Euro wird zugestimmt. Beilage 1 und 2 werden in SAP verbucht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9.9 Stk. 19) A8-205499/2022-135

**Personalamt
Budgetverschiebung im nicht LCF-Bereich
2023
in Höhe von € 1.370.000,-**

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	FVA 2023	EVA 2023
900	080000	1.760000		Pensionen / sonstige Ruhebezüge	D.900004	+1.370.000	+1.370.000
340	240000	1.510000		Personalausgaben zentral	D.555555	-1.370.000	-1.370.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Pogner

9.10 Stk. 1) A1-001635/2003/0086

Teuerungsprämie für Mitarbeiter:innen in der Kinderbetreuung

GRⁱⁿ Pogner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegin des Gemeinderates, werte Zuseher via Live-Übertragung. Steuerungsprämie für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kinderbetreuung. Es soll dem städtischen Kinderbetreuungspersonal, das während der Corona-Zeit einer besonderen beruflichen Belastung ausgesetzt war, eine Teuerungsprämie gewährt werden. Bei einer Auswertung Mitte Oktober erfüllten 783 Mitarbeiter und Arbeiterinnen die Voraussetzungen für eine Teuerungsprämie, wodurch sich eine Gesamthöhe der auszahlenden Prämien von 681.675 ergibt. Der Ausschuss für Personal und Gendermainstreaming beantragt daher folgenden Beschluss. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt Graz, die im Zeitraum vom 18.2.2020 bis 31.12.2022 an mindestens 365 Kalendertagen in der städtischen Kinderbetreuung tätig waren, wird eine Teuerungsprämie unter folgenden Voraussetzungen beziehungsweise nach folgenden Kriterien gewährt: Aktives Dienstverhältnis, Verwendung in einer städtischen Kinderbetreuungseinrichtung zum Stichtag ab 16.11.2023 oder Beendigung der Kinderbetreuungstätigkeit im Jahr 2023 aus nachfolgenden Gründen: Versetzung, Dienstabordnung, Austritt aus Anlass der Pensionierung oder Versetzung in den dauernden beziehungsweise zeitlichen Ruhestand. Fehlzeiten im Zeitraum vom 18.2.2020 bis 31.12.2022 gelten nicht als maßgebliche Dienstzeit. Davon ausgenommen sind Urlaube, Pflegefreistellungen, Abwesenheiten aufgrund von Arbeitsunfällen. Höhe der Prämie bei Vollbeschäftigung: 1.000 Euro, bei Teilzeitbeschäftigung: aliquot nach dem jeweiligen Ausmaß zum Stichtag 31.12.2022.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mitarbeiter:innen der Stadt Graz, die im Zeitraum vom 18.2.2020 – 31.12.2022 an mindestens 365 Kalendertagen in der städtischen Kinderbetreuung tätig waren, wird eine Teuerungsprämie unter folgenden Voraussetzungen beziehungsweise nach folgenden Kriterien gewährt:

- *Aktives Dienstverhältnis (Verwendung in einer städtischen Kinderbetreuungseinrichtung) zum Stichtag 16.11.2023 oder Beendigung der Kinderbetreuungstätigkeit im Jahr 2023 aus nachfolgenden Gründen:*
 - *Versetzung/Dienstabordnung*
 - *Austritt aus Anlass der Pensionierung oder*
 - *Versetzung in den dauernden/zeitlichen Ruhestand*

- *Fehlzeiten im Zeitraum vom 18.2.2020 – 31.12.2022 gelten nicht als maßgebliche Dienstzeit. Davon ausgenommen sind:*
 - *Urlaube*
 - *Pflegefreistellungen*
 - *Abwesenheiten aufgrund von Arbeitsunfällen*

- *Höhe der Prämie:*
 - *bei Vollbeschäftigung: 1.000 €*
 - *bei Teilbeschäftigung: aliquot nach dem jeweiligen Ausmaß zum Stichtag 31.12.2022*

GRⁱⁿ Slama:

Liebe Alle. Natürlich, wenn es um Kindergarten geht, kann ich nicht einfach still sein, sondern, da muss ich etwas dazu sagen. Erstens einmal wollte ich mich für die

Ausarbeitung bedanken. Also wir haben ja auch schon generell dieser 1.000 Euro Prämie, wenn ich mich erinnern kann, einstimmig beschlossen. Deswegen sehr schön zu sehen, dass wir über diese Thematik alle am gleichen Strang ziehen und alle erkennen, wie wichtig die Elementarpädagogik auch ist. Ich muss jetzt nur zwei Sachen noch einmahnen, und zwar das erste ist, dass wir diese Teuerungsprämie nicht als quasi netten Bonus von uns sehen, sondern wirklich als das, was es ist. Da war ein gesamtes Berufsfeld, das einen unglaublichen Mehraufwand hatte, das unglaubliche psychische Belastungen hatte und jetzt einfach nur quasi die Teuerungsprämie bekommt, die sie dafür verdient hat. Das ist jetzt kein, wir sind so lieb, sondern das ist etwas, was zu 100 % verdient und nötig war. Das möchte ich gar nicht sagen, aber das zeigt sich in ganz vielen anderen Sachen auch. Und das zweite ist, natürlich, vor allem an alle da draußen, das ist nicht das Ende der Geschichte, wir werden weitermachen, wir werden mehr Verbesserungen herbeiführen, und wir sind da, meiner Meinung nach, auch auf einer sehr, sehr guten Basis, dass wir das alle zusammen geschultert schaffen. Deswegen, danke an alle Ausarbeitenden und danke generell für die hoffentlich einstimmige Zustimmung.

StR Hohensinner:

Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Es ist sehr erfreulich, dass die lang versprochene COVID-Prämie jetzt zur Auszahlung kommt. Und ich möchte mich bedanken, dass auch an alle jene gedacht wurde, die jetzt in dieser Zeit bereits in Pension gegangen sind und die auch quasi in dieser schwierigen Zeit für unsere Kinder da waren. Ich möchte aber auch zwei Kritikpunkte anmerken, oder eben auch Empfehlungen aussprechen, weil diese Wertschätzung der gesamten Berufsgruppe, die die Anna angesprochen hat, wird jetzt nur den städtischen Pädagog:innen und Betreuer:innen zu Teil. Das heißt, alle Pädagog:innen und Betreuer:innen in privaten Einrichtungen, sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der schulischen Tagesbetreuung, bekommen diese Wertschätzung nicht. Und das sind wahrscheinlich 70 bis 80 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich. Das muss man

wirklich in aller Deutlichkeit sagen. Alle Tarifkindergarten-Pädagog:innen und Betreuer:innen, alle Mitarbeiter:innen der schulischen Nachmittagsbetreuung bekommen diese Wertschätzung nicht. Deswegen hätte ich mich immer auch eingesetzt, weil wir durch das Tarifmodell auch die Privaten gleichbehandeln, dass diese Prämie auch an diese Mitarbeiter ausbezahlt wird. Das ist leider jetzt nicht passiert. Und der zweite Punkt ist, wir dürfen jetzt nicht glauben, dass durch diese Einmalzahlung irgendein Problem in dem Bereich gelöst wird. Ich bin dankbar, dass es diese Zahlung gibt. Das ist eine Wertschätzung, aber es gibt große Probleme in dem Bereich und das Budget oder die Budgetzahlen, die wir bis dato am Tisch liegen haben, verschärfen leider die Situation. Das muss in aller Deutlichkeit sagen. Aber trotzdem, danke für diese Prämie, es ist leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

GRⁱⁿ Naghibi:

Sehr geehrter Gemeinderat, Stadtsenat, Mitbürgerinnen und Mitbürger. Im jahrzehntelangen Ringen, um wesentliche, ausreichende und flächendeckende Verbesserungen der Rahmenbedingungen, hat elementarpädagogischen Personal, dem ich auch jetzt seit fast zehn Jahren angehöre, immer wieder Selbiges beobachten können. Wir stehen immer noch vor und in sehr großen systemischen Herausforderungen, in puncto Bildungs- und Betreuungsarbeit. Das stimme ich dem Bildungsstadtrat voll und ganz zu. Da lässt sich nichts schönreden. Das ist auch nicht unsere Absicht. Herausforderungen, die wir politisch nur bewältigen und meistern können, wenn wir Verantwortung dort übernehmen, wo es unsere ist, wo ein Können und ein Muss sein soll, Fehlinformationen und Halbwahrheiten, die man in der politischen Debatte, in der ganzen Landschaft leider auch immer wieder erfährt, in dieser Thematik, die Emotionen auf Seiten des Personals und Familien zu instrumentalisieren, zu beabsichtigen, davon muss man ganz an gar absehen, das ist ganz klar, auch da zeigt sich Wertschätzung und Respekt. Es braucht eine konstruktive, reflektiert und lösungsorientierte Debatte, die zu einem eben solchen Tun führen kann. Daher hier die Fakten klar und fordernd: Das vorliegende

Personalmaßnahmenpaket sieht eben ab dem 1. Dezember 2023, das hat Frau Kollegin Pogner, Gemeinderätin Pogner, auch näher detailliert dargestellt für 783 städtische Mitarbeiter:innen, die die genannten Voraussetzungen erfüllen, bei einer Vollzeitanstellung eine Teuerungsprämie von 1.000 Euro vor, bei Teilzeitanstellung aliquot. Die Stadt Graz geht damit eine sehr wichtige und in den vergangenen Stadtregierungen tragischerweise auch versäumte Vorreiterrolle als Arbeitgeberin ein. Denn Krisen haben wir im elementarpädagogischen Sektor immer wieder erlebt. Gesundheitlich stellt sich da auch immer wieder die Frage der Gefahrenzulage. Die Grippe ist heuer auch wieder im Anmarsch, es ist nicht nur Corona. Und wie schon in dem letzten Grazer Kinderbildungs, und -betreuungsmaßnahmenpaket, das zu einer systemrelevanten und existenziell notwendigen Erhöhung der Vollzeitstellungen und für den Kinderdienst sehr förderlichen Überschneidungstunden geführt hat, übernimmt die Grazer Rathauskoalition ihre Verantwortung wo sie kann, dort ist es ein Soll, dort ist es ein Muss. Ist es in Bezug auf die ganze Grazer elementarpädagogischen Landschaft ausreichend? Nein, sicher nicht. Ich denke da ebenso an die ganzen kleinen und großen privaten Träger. Ich gehöre selber als Angestellter der Volkshilfe dazu. Also nein, ganz klar, das tut das nicht. Das reicht nicht gänzlich aus. Aber mit den angekündigten und bisher größtenteils eben ausgebliebenen finanziellen Entlastungen seitens der Steiermärkischen Landesregierung sind bis dato unserem Grazer Finanzstadtrat die Hände gebunden, unsere Vorreiterrolle dahingehend auszubauen. Aus den Augen verlieren dürfen wir es nicht. Daher auch die Forderung weiter zu kommunizieren, weiter dahinter zu bleiben und hierbei ist und bleibt unser Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner weiterhin aufgefordert auch weiterhin notwendige und zielführende Gespräche mit der Steiermärkischen Landesregierung zu führen, sodass auch im privaten Sektor übernommene Verantwortung zu guten und konstruktiven Taten führen kann. Zum Wohl der Kinder, der Familien und dem Personal müssen wir hier an einem Strang ziehen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

GR Mag. **Pointner**:

Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werde Kolleginnen und Kollegen. Es ist schon das Wort gefallen, Tropfen auf dem heißen Stein. Das Stück ist gut, es ist vollinhaltlich anzunehmen, das ist klar. Ich möchte eine Dimension herausarbeiten, die bis jetzt noch nicht so dargelegt worden ist. Das ist die gesellschaftspolitische Dimension der Elementarpädagogik und ich hänge das da auf am Thema, nicht Finanzierung, sondern Gruppengrößen. Weil wir müssen uns nämlich Gedanken machen, warum haben wir den Personalmangel? Weil einerseits zurzeit ein schlechtes Image am Beruf hängt. Weil ja die ganze Zeit gesagt, das ist furchtbar, und das ist furchtbar, und das ist furchtbar. Es ist auch furchtbar. Aber auf der anderen Seite müssen wir da die Begeisterung wieder wecken, dass die Leute diesen Beruf wieder mit Freude ausüben. Und das geht nur durch geringere Gruppengrößen. Und da wird es absolut notwendig sein, endlich strategisch zu denken und nicht mehr in Dimensionen von Prämien und Teuerungen und punktuelle Maßnahmen, die immer nur ein Notfallpflaster sind. Wir müssen in der Stadt wirklich selbst ins Tun kommen, mutige Schritte zu gehen, damit wir im Kindergarten, in der Elementarpädagogik auch integrativ tätig sein können. Wir sind in multikulturellen Gesellschaften, müssen hier ansetzen. Das heißt, wir müssen da viel mehr Geld in die Hand nehmen, auch als Stadt. Im Hintergrund ist ja die Israelkrise, der Krieg, viel Zuwanderung. Es wird immer mehr Zuwanderung geben. Wir müssen dem begegnen durch Bildung, und die beginnt in der Elementarpädagogik. Ich kann heutzutage als Elementarpädagoge nicht mehr 25 Kinder zu zweit betreuen und da irgendwie weiter kommen. Dazu ist die Gesellschaft zu heterogen. Das ging vielleicht einmal. Das heißt, wir müssen jetzt hier strategisch Geld in die Hand nehmen als Stadt. Wir dürfen uns auch nicht mehr ausreden, dass wir jetzt diskutieren im Land, ja, natürlich müssen wir das auch machen, aber wir müssen ins Tun kommen. Daher die Zustimmung dazu und die dringendste Aufforderung, viel mutiger zu sein. Werter Herr Stadtrat, meine volle Unterstützung, mutig sein, wir sind da immer dabei und fordern das vehement. Danke.

StR Hohensinner:

Ich möchte ganz kurz historisch das aufarbeiten, weil viele von euch, von Ihnen wissen das nicht. Vor rund 15 Jahren hat sich die Stadt Graz entschieden, ein Tarifmodell zu etablieren, nämlich, dass wir Private beauftragen die Kinderbetreuung durchzuführen. Es gibt da eine Zuzahlung und die privaten Stellen die gleichen Qualitätskriterien sichern beziehungsweise auch die gleichen Sozialstaffelungen. Das, ist glaube, ganz wichtig das zu wissen. Deswegen haben wir auch eine Verantwortung. Wir zahlen über das Tarifmodell wirklich sehr viel Geld den Privaten, dass sie eben auch die Leistung abliefern. Und auch die Privaten haben jetzt die Teuerung, haben wirklich mit höheren Mieten, mit höheren Energiekosten zu kämpfen. Ich habe jetzt auch in den letzten Wochen und Monaten mit den Privaten so einen Teuerungsausgleich verhandelt. Diesen Teuerungsausgleich habe ich auch dem Finanzstadtrat mitgeteilt. Und diese ganzen Faktoren machen es notwendig, dass wir als Stadt Graz hier auch mehr zahlen, weil es uns immer gleich sein müsste, wer jetzt unsere Kinder betreut. Die Qualität wird von den privaten, aber natürlich auch von den städtischen Einrichtungen sichergestellt und deswegen kann man nicht sagen, das sind die Privaten, für die ist das Land zuständig und für die städtischen sind wir verantwortlich. Durch das Tarifmodell haben wir vor 15 Jahren gesagt, wir behandeln die Einrichtungen gleich, weil sie die gleiche Qualität für unsere Kinder sicherstellen. Und von dem her hätte ich mir auch erwartet, dass die Regierung nicht die Verantwortung wie so oft wegschiebt, sondern dass man diese Verantwortung auch selbst übernimmt. Das gilt jetzt für die COVID-Prämie, einerseits gilt aber auch für den Teuerungsausgleich andererseits, wo wir wirklich ersuchen, dass sich das im Budget auch widerspiegelt. Das ist ganz, ganz wichtig, sonst laufen wir wirklich in eine massive Krise. Und ich möchte mich auch bedanken bei den Neos, die uns hier sehr unterstützen in der Bildung. Und es braucht wirklich einen Kraftakt, sonst haben wir nächstes Jahr, und auch speziell übernächstes Jahr, ein riesen Problem. Und ich werde nicht müde sein, das immer wieder zu wiederholen, das ist meine Aufgabe als Bildungsstadtrat. Diese Prämie ist wirklich eine wichtige Geste der Wertschätzung, löst aber die großen Probleme, die auf uns jetzt zu kommen, in keinsten Weise.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.05 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich melde mich jetzt als Bürgermeisterin und nicht jetzt Ressortzuständige zu Wort, weil hier die Historie bedient worden ist. Und wenn die Historie bedient wird, können Sie sich denken, dann melde ich mich immer zu Wort, weil ich tatsächlich hier schon sehr, sehr lange in diesem Gemeinderat bin. Erstens einmal, noch einmal ein großes Danke, Gemeinderätin Naghibi und die Berichterstatteerin haben es schon angeführt, danke dafür, dass man 783 Kolleg:innen der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen hier eine Anerkennung für ihre Arbeit zukommen lässt. Ich sehe das auch gar nicht als Teuerungsprämie, oder wie auch immer man das nennen möchte, es ist eine Anerkennung ihrer Arbeit, unserer Kolleginnen und Kollegen in der Stadt Graz. Und ich möchte mich auch bedanken, dass die Personalvertretung hier immer an unserer Seite gestanden ist und das nicht nur mitgefördert, sondern auch unterstützt hat, danke dafür. Als zweites, jetzt kommt die Historie, weil die ist mir nämlich wichtig, weil der liebe Kurt, und das kann man natürlich auch vorher gar nicht, und das mache ich auch gar nicht zum Vorwurf, er hat richtigerweise gesagt, die Stadt Graz hat ein Tarifmodell auch für unsere privaten Einrichtungen hier beschlossen, einstimmig ist das auch erfolgt, muss ich auch noch einmal dazusagen. Und es ist auch gut und richtig, weil wir sie natürlich in Ermangelung städtischer Einrichtungen brauchen. Was aber von der Historie her schon einmal auch zu sagen ist, und dann hätten wir nämlich hier nicht ein Wenn und Aber, sondern dann hätten wir von Haus aus auch alle städtischen Kolleginnen und Kollegen gleich immer mitbedacht. Wir waren immer nie Freunde, dass es überhaupt private Träger braucht. Es ist einfach einmal ganz etwas anderes, wenn Einrichtungen, und gerade, lieber Kollege Gemeinderat Pointner, darf ich Sie nur ansprechen, dass Kinderbetreuungseinrichtungen einen Bildungsauftrag haben, das ist keine Selbstverständlichkeit gewesen, hier in diesem Gemeinderat. Das ist jahrzehntelang immer als Kinderaufbewahrungsstätte gesehen worden. Und da können Sie auch

nichts dafür, da hat es Ihre Fraktion noch gar nicht gegeben, haben wir hier schon am Pult gesagt, das ist einer der wichtigsten bildungspolitischen Aufträge, auch Krabbelstuben, und das ist jahrzehntelang hier in diesem Haus eigentlich immer negiert worden, und deshalb sind wir überhaupt zu spät ins Tun gekommen und haben jetzt einen riesigen Aufholbedarf, wo immer gerne weggeblendet wird, diese Historie, weil das ist jetzt beim besten Willen aus städtischen Mitteln auch gar nicht hebbar. Und wenn man hier von mutig und Kampf und was weiß ich alles redet, da habt ihr uns an erster Stelle an der Seite, nämlich den Kampf, dass tatsächlich diese Mittel, die wir brauchen für die Senkung der Gruppengrößen, das ist nämlich auch schon seit 20, 25 Jahren ein Thema, nicht erst seit kurzem, das können wir nur umsetzen, wenn wir auch die Mittel vom Land und vom Bund dafür bekommen, weil wenn wir den nicht bekommen, dann werden wir das, was notwendig ist, nämlich für alle Kinder, nämlich wirklich für alle Kinder, egal von wo ein Kind kommt, einen garantierten Krabbelstuben- und Kinderbetreuungsplatz zu haben, weil das ist unser Ziel und das muss es auch sein, damit die Frauen auch arbeiten gehen können, da habt ihr uns an der Seite. Aber wenn wir diese Mittel nicht bekommen, dann wird es aus städtischer Sicht nicht stemmbar sein. Und wir haben nächste Woche, hoffe ich, wieder einen Termin beim Herrn Landeshauptmann, du kannst gerne mitkommen, Kurt, und denn mit uns mitkämpfen in dieser Frage.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (14.10 Uhr).

StR Hohensinner:

Danke, es hat sich Gott Dank alles weiterentwickelt, auch die Begrifflichkeit, wir sagen jetzt Kinderkrippen und nicht mehr Krabbelstuben. Das ist das eine, das andere, da möchte ich schon sagen, Aufholbedarf. Wir haben Aufholbedarf. Ich möchte unterstreichen, mein Vorgänger Teddy Eiselsberg, und auch ich, wir haben jedes Jahr ca. zehn zusätzliche Gruppen eröffnet. Alleine seit 2014 konnten wir zusätzlich 1.800

Plätze bereitstellen und heuer im Herbst das erste Mal keine neuen zusätzlichen Gruppen. Also ich bitte einfach, tun wir nicht immer Ausreden suchen, die Verantwortung wegschieben. Wir sind in der Hauptverantwortung hier in Graz, wir müssen das zusammenbringen. Und natürlich kann man budgetär Schwerpunkte setzen, aber eine nachhaltige, langfristige Sozialpolitik ist, wenn wir in die Bildung investieren.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Da gibt es von niemandem eine Widerrede mittlerweile.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner

**9.11 Stk. 2) A10/6-112596/2023/007 Umbenennung Kernstockgasse in
Maria-Stromberger-Gasse**

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ich darf Bericht erstatten über die Umbenennung der Kernstockgasse in Maria-Stromberger-Gasse. Und es ist mir wirklich, und ich glaube, uns allen, ein großes Anliegen, dieser Geschichte des Namens dieser Gasse ein Ende zu setzen, nämlich von Ottokar Kernstock zu Maria Stromberger. Basierend auf der Einstufung der Expert:innenkommission für Straßennamen, wurde ja diese Straße schon lange als schwer problematisch eingestuft. Wir haben die nach dem Verfahren der Umbenennung der Straße nach der Richtlinie des Gemeinderates, die Umbenennung im Beratungsgremium vorgelegt. Es wurde einstimmig, soweit ich das weiß, zumindest wurde im Beratungsgremium für die Umbenennung gestimmt. Es hat im September

2023 eine Informationsveranstaltung gegeben für die betroffenen Bürger:innen im Bezirk, und auch Stellungnahmen des Bezirkrates beziehungsweise des Kulturamtes eingeholt. Und es wird, wie auch bei allen anderen Umbenennungen, die schon stattgefunden haben, eine Tafel aufgestellt. Eine Erläuterungstafel zusätzlich zur Umbenennung. Vielleicht noch zur umstrittenen Person Ottokar Kernstock. Es war ja wirklich lange, lange Zeit in Graz Diskussion, und von vielen Bürgerinnen und Bürgern gefordert, endlich den Namen dieses wirklich aggressiven deutschnationalen Rassisten und Kriegstreiber zu ändern, einen anderen Namen zu geben. Und ich freue mich sehr, dass das jetzt in Form der Maria Stromberger passiert oder in Person der Maria Stromberger passiert. Ich kann auch gleich einen Buchtipps geben für alle, die sich dafür interessieren, wer Maria Stromberger war. Es gibt dieses wunderschöne Buch "Ein Engel in der Hölle von Auschwitz." Und auch auf der Tafel wird es stehen, dass Maria Stromberger gelebt hat, von 1898 bis 1957. Sie war Krankenschwester und Widerstandskämpferin. Sie ist gebürtige Kärntnerin, hat aber von 1914 bis 1935 in Graz gearbeitet, bevor sie nach Bregenz gegangen ist, dort eine Krankenschwesternausbildung absolviert hat. 1942 ließ sie sich selbst nach Auschwitz versetzen, wo sie im Krankenrevier des Konzentrationslagers ihren Dienst versehen hat und die illegale Widerstandsgruppe Kampfgruppe Auschwitz unterstützte. Ich freue mich daher sehr, dass ich diesen Antrag einbringen kann und bitte um breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die derzeit bestehende Kernstockgasse bestehend aus einem Teil des Grundstückes 2153 KG 63105 Gries wird mit 1. Februar 2024 umbenannt in*

Maria-Stromberger-Gasse

- 2.) *Die Erstellung der Texte für die Erläuterungstafel und der Langfassung erfolgt durch das Kulturamt.*
- 3.) *Die Beschaffung und Anbringung der Benennungs- und Erläuterungstafeln erfolgt durch die Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH Spartenbereich Stadtraum.*

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Die Diskussion um die Straßenumbenennungen beschäftigt ja den Grazer Gemeinderat seit vielen Jahren. Die Geschichte ist bekannt von der entsprechenden Experten-/Expertinnenkommission mit dem Vorschlag, der in der vorigen Regierungsperiode angenommen worden ist, die Straßennamen mit entsprechenden Zusatztafeln zu kontextualisieren, zu erklären und damit das Bewusstsein zu schärfen für Persönlichkeiten, die sich schuldig gemacht haben. Wir wissen auch alle, dass die jetzige Regierung einen anderen Weg geht und die Umbenennungen forciert. Wir bleiben grundsätzlich als ÖVP bei der Linie, dass es wichtig ist, die Erinnerung nicht auszulöschen, sondern ganz im Gegenteil, das kritische Bewusstsein zu schärfen und auch darzustellen, wie gewisse Menschen sich schuldig machen, welche Zusammenhänge da bestehen. Das ist, glaube ich, in Zeiten wichtig, wo sehr viel Vereinfachung stattfindet. Wir erleben auch jetzt in verschiedenen Zusammenhängen ein gesteigertes Maß an Aggressivität und wenig differenziert oder ausdifferenzierter Diskussion solcher wichtigen Themen, dass dort auch mit Erinnerungs- und Gedenkkultur, darum zu wissen, was passiert ist. Aus diesem Grund haben wir immer diese Linie verfolgt. Und ein zweiter Punkt, der uns noch beschäftigt, ist, wie wir mit den Leuten, die in diesen Straßen wohnen und arbeiten, umgeht. Da geht es auf der einen Seite um Information, um die Berücksichtigung der Meinung und auf der anderen Seite natürlich auch darum bei Beschlüssen, die ja mehrheitlich gefasst werden und in der Koalition ist das natürlich dem entsprechend abzusehen, dann auch die entsprechend notwendigen Schritte bewerkstelligen können. Da ist die Erfahrung und auch die Rückmeldung bei den bisherigen Themen eher die, dass wir

finden, das ist unzureichend, einerseits in finanzieller Hinsicht, mit einem sehr geringen Betrag ist das für Privatpersonen eigentlich nicht zumutbar und für Gewerbetreibende tatsächlich eine große Herausforderung. Und der zweite Grund ist allerdings auch, dass sehr viele Menschen auch nicht begleitet werden, bei den ganzen Amtswegen, die entsprechend notwendig sind. Es sind auch unsere Rückmeldungen, dass das durchaus bei älteren Menschen für Schwierigkeiten sorgen kann. Aus diesem Grund darf ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs einen

Abänderungsantrag

für diesen speziellen Fall stellen, nämlich folgenden:

Für die Umbenennung von Straßen und Plätzen wird eine verpflichtende Befragung der WohnungseigentümerInnen eingeführt, deren Ergebnis dann auch bindend ist. Ich darf um Annahme bitten. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die grundsätzliche Haltung der ÖVP zum Thema der Straßenumbenennungen ist, dass nicht die belasteten Namen getilgt, sondern die solcherart genannten Personen kontextualisiert und ihre negativen Taten bzw. Geisteshaltungen dargestellt werden.

Damit wird ein kritisches gesellschaftliches Bewusstsein, das demokratiepolitisch wichtig ist, erzeugt. Die ÖVP hält deshalb das Ausblenden und Vergessen von Personen, die sich schuldig gemacht haben, nicht für zielführend, sondern orientiert sich an der HistorikerInnenkommission, in der jahrelang ExpertInnen beraten und Informationen aufbereitet haben. Mit einem Gemeinderatsbeschluss wurde die Anbringung von Zusatztafeln beschlossen und seitdem schrittweise umgesetzt.

Die aktuelle Vorgehensweise schlägt einen anderen Weg, nämlich den der Umbenennung ein, was neben der Dimension des kollektiven Bewusstseins

weitreichende Konsequenzen hat – vor allem für die BürgerInnen, die in den betroffenen Straßen wohnen. Der Aufwand nach den Umbenennungen ist für Privatpersonen und Firmen nur unzureichend gedeckt, die Hilfestellungen bei den nötigen Amtswegen ebenso. Auch im jüngsten Umbenennungsfall, der Kernstockgasse, beklagen AnrainerInnen, nicht ausreichend informiert und eingebunden worden zu sein.

Um bei der aktuellen Vorgangsweise wenigstens die betroffenen BürgerInnen bestmöglich zu unterstützen, stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Für die Umbenennung von Straßen und Plätzen wird eine verpflichtende Befragung der WohnungseigentümerInnen eingeführt, deren Ergebnis dann auch bindend ist.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Zuhörer:innen hier und an den Bildschirmen. Ich will gar nicht tiefer auf das Thema eingehen, wir stehen zu dieser Umbenennung, halten sie aufgrund des massiven, wie die Judith Schwentner schon gesagt hat, rassistischen und verhetzenden Verhaltens des Ottokar Kernstock für notwendig. Information darüber hinaus schadet natürlich nicht und natürlich sollte man diesen Namen auch nicht löschen. Was aber bei mir jetzt wirklich für Verwirrung gesorgt hat, das war die Wortmeldung, die mit dem Abänderungsantrag nicht ganz einhergeht. Sie sagen, dass sie die Betroffenen da unterstützen wollen, fordern aber eine verpflichtende Befragung der Wohnungseigentümer:innen. Die Eigentümer:innen, die wohnen aber häufig nicht da, meistens sogar nicht, und sind daher auch nicht betroffen. Insofern ist dieser Antrag für uns nicht stimmig und kann schon aus diesem Grund nicht zugestimmt werden. Danke.

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Vielen Dank. Inhaltlich sehen wir den Abänderungsantrag von Claudia Unger eigentlich gleich, nur im Antragstext ist uns das Ganze ein bisschen zu unscharf. Warum, möchte ich jetzt erläutern. Weil wir sehen die Straßenumbenennungen recht kritisch, weil für uns ist es wichtig, dass man informiert, dass man Bewusstsein schärft und dass sich die Bürger auch beteiligen können. Wir waren auch bei den Bürgern, sowohl bei der Bezirksversammlung als auch dazwischen. Und dann sind uns einfach einige Punkte aufgefallen oder als sehr wichtig an uns herangetragen worden. Zum Einen wohnen gerade in der Kernstockgasse viele ältere Menschen, die uns mitgeteilt haben, diese 30 Euro GrazGutscheine als Ersatz für die Umbenennung, die sind zwar nett, aber allein die postalischen Kosten vor Weihnachten, weil sie mit sehr vielen Verwandten im Briefverkehr sind, noch Postkarten schreiben, das gibt es bei älteren Menschen noch sehr häufig, alleine das würde die Kosten von diesen 30 Euro schon überschreiten, natürlich die Amtswege zusätzlich, die sie dann haben, weil einfach keine Notwendigkeit tatsächlich besteht. Das ist eine rein politische Entscheidung. Aber das kann man natürlich in einer Koalition auch so sehen und auch beschließen. Genauso ist es bei den Unternehmen, es gibt jetzt in der Kernstockgasse nicht viele Unternehmer, aber bei den Unternehmen ist es so, wenn sie ein Ansuchen stellen, können sie einen Kostenersatz von 300 Euro bekommen. Da sind zwei Unternehmer auf uns zugekommen, die uns ein bisschen einen Überblick geben, was überhaupt auf einen Unternehmer zukommt, weil natürlich, ein Politiker muss nicht zwangsläufig wissen, was ein Unternehmer alles zu tun hat. Ich kann das aber sehr gut nachempfinden und möchte eben sagen, zum Beispiel, da gibt es ein Lokal, die haben erst ihr Auto neu beklebt, die haben einen komplett neuen Werbeauftritt sich machen lassen, weil sie eine Betriebsumstellung gehabt haben, das hat 30.000 Euro bis jetzt kostet. Das heißt, all die Dinge, die sie jetzt wieder umstellen müssten, würden in dem Fall schon 13.000 Euro ausmachen. Oder es gibt einen sehr großen Sicherheitsbetrieb in der Kernstockgasse, sieht man von außen nicht, dass er so groß ist, aber gerade bei einem Sicherheitsbetrieb ist es so, dass ja das alles nicht so einfach ist, weil die brauchen Druckvorlagen, neue Layouts, Briefpapier, Arbeitsbereiche, elektronisch geschützte

Aufkleber neu, Visitenkarten, genauso das Firmenfahrzeug muss neu beklebt werden, die Außenfassade neu beschriftet werden, der Messestand muss neu überarbeitet werden, die EDV muss überarbeitet werden, die Verkaufsbelege, Einkaufsbelege, das E-Mail-Programm, das muss alles umgestellt werden. Also Sie haben jetzt die Kosten geschätzt auf zwischen 15.000 und 20.000 Euro. Selbst wenn man das ersetzt, ist die Bitte auch der Unternehmer dazugeschrieben worden, nämlich die Kosten lieber in Infrastruktur zu investieren, anstatt das zu ersetzen, weil auch die Unternehmer das so sehen, dass sie hier überhaupt keine Notwendigkeit sehen. Weil es gibt eine Zusatztafel, man weiß das, man kann darüber diskutieren, das soll man auch tun. Aber die Notwendigkeit der Umbenennung, die sehen wir einfach nicht. Und viele Bewohner und Unternehmer sehen diese Notwendigkeit auch nicht. Und was mir vor allem bei der Bürgerversammlung aufgefallen ist, weil es hat zwei Mal eine Informationsveranstaltung gegeben, beim ersten Mal ist den Bürgern gesagt worden, sie dürfen sich beteiligen, was einige auch tatsächlich wollten und das war dann nicht der Fall. Deswegen waren sie bei der zweiten Veranstaltung, weil es wieder eine Informationsveranstaltung war, leider etwas verärgert, weil sie sich gerne beteiligt hätten, weil die, die sich beteiligen wollten, wollen keinen Namen, wenn es schon eine Umbenennung gibt, dass die Gasse nicht wieder mit einem Namen versehen ist. Da sind auch schon Ideen geliefert worden und es ist sehr schade, wenn man schon eine Beteiligung in Aussicht stellt, wenn man es dann tatsächlich nicht tut, wenn es einige Menschen gibt, die sich gerne beteiligen würden. Also wir werden sowohl dem grundlegenden Antrag, als auch dem Abänderungsantrag, wie gesagt, nicht zustimmen.

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie und im Livestream. Ihr alle wisst, die Umbenennung der Straßen, das ist mir persönlich ein großes Anliegen. Ich habe damals den dringlichen Antrag eingebracht, der auch diesen Prozess in Gang gesetzt hat. Wie die Frau Vizebürgermeisterin schon

berichtet hat, geht ja diesen Umbenennungen ein jahrzehntelanger, jahrelanger Diskussionsprozess voraus. Wir haben einen fundierten Bericht der Historiker:innenkommission, der alle Grazer Straßennamen untersucht hat und auf dessen Basis wir handeln. Um auch noch einen allgemeinen Kontext zu zeigen, Straßenumbenennungen sind nichts Ungewöhnliches, die es in den Graz in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen und kommen auch jetzt laufend vor. Gerade im Fall von Kernstock, nach dem sehr viele Verkehrsflächen in Österreich benannt sind oder benannt waren, gab es schon sehr viele Umbenennungen. Es gab in Wien die Umbenennung von einem Kernstockplatz und einer Kernstockgasse, es gab in Müzzuschlag die Umbenennung einer Kernstockgasse in Wels wurde bereits eine Kernstockstraße umbenannt. Also es ist wirklich eine über Österreich sehr verbreitete sehr, sehr gängige Vorgangsweise, um das nur auch mal einordnen zu können. Interessant ist auch, dass sich auch vor kurzem die Stadt Linz dazu entschlossen hat, die vier Straßen, die quasi von ihrer Expert:innenkommission als absolut schwer belastet eingestuft wurden, auch umzubenennen. Da gibt es einen Beschluss, der ca. ein Jahr alt ist. Ich möchte auch etwas sagen zu meinem persönlichen Bezug zu dem Thema, weil ich bin selber keine Historikerin und muss ehrlich gesagt sagen, ich bin eigentlich als Gemeinderatsmandatarin vor fünf Jahren oder so zum ersten Mal mit diesem ganzen Thema in Berührung gekommen, mit dem Thema Straßennamen, welche Bedeutung die für eine Stadt haben, belastete Straßennamen. Und ich kann mich erinnern, ganz am Anfang habe mich auch selber gefragt, warum ist das eigentlich emotional so aufgeladen, diese ganze Debatte. Es sind ja „nur Namen“, unter Anführungszeichen. Und ich kann mich auch noch gut erinnern, wie damals ein FPÖ-Gemeinderat, der jetzt nicht mehr Gemeinderat ist wegen des Finanzskandals, den es dann später gab, sich hier herausgestellt hat und gesagt hat, wir dürfen uns nicht anmaßen, dass wir über das Leben vergangener Personen urteilen. Und dieser Satz hat sich irgendwie so in mein Gedächtnis eingebrannt, weil er ja eine Einstellung und eine Relativierung zum Ausdruck bringt, die ich fatal finde. Natürlich sind die Biographien von Menschen komplex. Aber es gibt eben auch Menschen, und zu denen zähle ich Ottokar Kernstock, wo die Biographie sehr, sehr eindeutig ist, wo es nicht

einmalige Ausrutscher gibt, sondern wo eigentlich das ganze künstlerische Schaffen durchzogen ist von Rassismus, von Deutsch-Nationaltum und von Kriegstreiberei. Und nein, er war natürlich kein Nationalsozialist, weil er vor Beginn der NS-Herrschaft gestorben ist. Aber er war wirklich ein gedanklicher Wegbereiter des Nationalsozialismus. Und nicht umsonst haben die Nazis auch später das Hakenkreuz-Lied gerne verwendet. Und in diesem Sinne finde ich es einfach fatal, wenn man meint, man könnte sich kein Urteil über manche Menschen machen. Doch, wenn die Datenlage und die Quellen so deutlich sind, kann man das. Und auf der anderen Seite gibt es wiederum Menschen, die Unglaubliches geleistet haben, die in ihrem Leben für die Menschenwürde, für die Menschenrechte, für alles, was uns in unserer Gesellschaft wichtig ist, eingestanden sind und die leider vergessen wurden, weil sie vielleicht nicht so laut sich in den Vordergrund gedrängt haben. Und diese Menschen sind ganz oft Frauen. Und eine von diesen Frauen war Maria Stromberger. Eine Frau, die, wir haben es gehört, Unglaubliches geleistet hat, die in der Zeit des Nationalsozialismus freiwillig nach Auschwitz gegangen ist, um sich ein Bild zu verschaffen, um zu schauen, was sie dort tun kann, ob sie vielleicht auch an diesem Ort etwas Gutes tun kann und die dort über mehr, über längere Zeit geblieben ist, Unglaubliches erlebt hat unter unglaublichster persönlicher Belastung und trotzdem nie zu einer Mitläuferin in diesem System wurde, die nicht gesagt hat, wie viele andere, ich finde es vielleicht insgeheim falsch, was hier passiert, aber irgendwie bin ich jetzt da und mache mit, sondern die sich aktiv am Widerstand beteiligt hat, die Dinge geschmuggelt hat, die Häftlingen das Leben dort gerettet hat, einfach unter unglaublichsten persönlichen Gefahren hier in Auschwitz etwas getan hat, wozu, glaube ich, wenig Menschen, den Mut und die Courage hätten. Und sie hat das getan, und solche Menschen sind teilweise vergessen. Und deswegen sehe ich es halt als unglaubliche Chance, dass wir nach so einer Frau eine zentrale Gasse in Graz benennen können und dass wir in Zukunft alle wissen werden, wer Maria Stromberger war. Abschließend möchte ich mich bedanken bei allen, die in diesem Prozess involviert sind, Mitarbeiter von der Judith, der Philipp war hier sehr aktiv, auch das Stadtvermessungsamt hat sehr viel getan. Wir haben natürlich die Bürger:innen vor

Ort informiert und sind auch im regen Austausch. Ich möchte auch in Richtung Claudia Unger und Claudia Schönbacher sagen, wenn euch persönlich ältere Menschen bekannt sind, wo es Schwierigkeiten gibt mit der neuen Adresse, bitte gerne an mich persönlich oder eben an den Philipp Hense-Lintschnig verweisen. Wir haben das bei der Max-Mell-Allee auch so gehandhabt. Wir hatten zum Beispiel eine ältere Frau, die auch persönlich ins Rathaus gekommen ist und sehr besorgt war, weil eben das mit der Adressänderung für sie schwierig war, weil sie keine E-Mails schreibt. Und wir würden wirklich auch jeden persönlich unterstützen, der oder die das aufgrund des Alters, oder aus welchen Gründen auch immer, Schwierigkeiten macht mit den E-Mails etwas zu klären. Insgesamt ist für die Menschen nicht mehr zu tun, als bei einem Umzug. Und was ich auch noch einmal erwähnen möchte, die Post bedient auch über längere Zeit noch die frühere Adresse, also die Postkarten werden alle ankommen zu Weihnachten, keine Sorge. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Diskussion und vielleicht abschließend und versöhnlich möchte ich sagen, auch wenn man persönlich vielleicht nicht für die Umbenennungen ist, und es gibt welche, die dagegen sind, wir konnten nicht alle überzeugen, für mich ist dieser Diskurs insgesamt ein Wert. Durch diese Frage der Umbenennungen haben sich wieder so viele Menschen mit Kernstock auseinander gesetzt, auch mit Maria Stromberger, mit diesen ganzen Themen, wie es vielleicht sonst gar nicht der Fall gewesen wäre und auch das finde ich wertvoll und stärkt genau dieses kritische Bewusstsein, was du angesprochen hast, Claudia. Gut, dann hoffe ich auf Annahme.

GR Wagner:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, nachdem Sie mir Nachhilfe vorhin gegeben haben und so nett werden, möchte ich Sie jetzt auch einmal ausbessern. Die Kommission hat den Straßennamen und nicht die Straße per se als problematisch eingestuft, und genau deshalb gibt es auch einen Gemeinderatsbeschluss, in dem wir Zusatztafeln aufgehängt haben, um eben mit der Vergangenheit kritisch umzugehen. In diesem Fall ist ganz klar, dass eine

Straßenumbenennung für sehr viele Bürger, aber auch Unternehmen, so wie es die Claudia auch schon richtig gesagt hat mit Zusatzkosten, mit Aufwänden begangen wird. Und Sie ebenfalls gesagt, sehr viele Bürger wünschen sich das. Also ich rede auch mit vielen Bürgern, ich kann Sie beruhigen, so viele sind es nicht, und schon gar nicht sind es so viele, die wollen, dass wir dafür Geld ausgeben. Wie gesagt, kritisch damit umgehen, ja, deswegen haben wir auch Zusatztafeln aufgehängt. Dem ist grundsätzlich nichts hinzuzufügen und eine weitere Befragung, so wie es die ÖVP fordert, halte ich genauso für wenig zielführend, wie das Umbenennen. Danke.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (14.30 Uhr).

Berichtersteller: GR Mag. Dr. Kozina-Voit

**9.12 Stk. 3) A10/BD 062881/2012/35 Eisenbahnkreuzungen der GKB im Grazer
Stadtgebiet Änderung Vertragspartner**

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Liebe Alle. Das ist ein Formalakt, dieses Stück. Worum geht es? Wir haben hier vor und einem Jahr beschlossen, dass wir die Eisenbahnkreuzungen der GKB, konkret sind vier Nahverkehrsknoten, oder vier künftige Nahverkehrsknoten und eine Bahnunterführung, dass wir diese eben errichten, dass wir da einem, konkret nicht sie errichten, sondern eben einem Übereinkommen zur Finanzierung beitreten. Und dem wurde hier zugestimmt im Gemeinderat. Das ist ein Übereinkommen eben mit der

GKB, mit dem BMK, mit dem Bundesministerium und mit dem Land Steiermark. Jetzt ist es so, dass der Teilbereich Infrastruktur der GKB eben in die ÖBB Infrastruktur AG übergeht, das heißt, der wird dorthin übertragen und dementsprechend muss man jetzt eben auch aus formalen Gründen diesen Vertrag anpassen. Die Idee ist eben, dass hier sämtliche Regelungen, die vorher getroffen wurden, vollumfänglich auch durch den neuen Vertragspartner, in dem Fall eben die ÖBB Infrastruktur AG, abgewickelt werden. Dementsprechend darf ich im Namen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen: Dem beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil des Antrags bildenden Übereinkommen über die teilweise Übernahme von Regelungen des Übereinkommens vom 9.3.2022, über die Durchführung von Eisenbahninfrastrukturmaßnahmen samt deren Finanzierung („9. MIP der GKB“) wird die Zustimmung erteilt. Ich darf um Wortmeldungen und Annahme bitten.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil des Antrags bildenden Übereinkommen über die teilweise Übernahme von Regelungen des Übereinkommens vom 9.3.2022, über die Durchführung von Eisenbahninfrastrukturmaßnahmen samt deren Finanzierung („9. MIP der GKB“) wird die Zustimmung erteilt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Piffli-Percevic

9.13 Stk. 4) A14-044258/2021/0011

**08.29.0 Bebauungsplan
„Petersbergenstraße 23a – 25“
VIII. Bez., KG 63119 St. Peter**

GR Dr. Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, liebe verehrte Alle, hier oder im Netz. Ich darf Sie jetzt auf einen Ausflug in einen anderen Teil unserer schönen Stadt kurz einladen, denn es geht um einen Bebauungsplan. Ich habe aus dem Akt gleich mitgenommen, der ist wirklich herzeigbar, das ist keine Kritik an anderen Bebauungsplänen, aber weil wir hier ein Gewässer haben, das auch eine Karte farbiger erstrahlen lässt, und es geht hier ca. 3.000 m² in der Nähe des Rückhaltebeckens Aita Teich im Bereich der Petersbergenstraße, die dort noch eben, vergleichsweise eben führt, bevor sie im rechten Winkel in die Petersberge abbiegt und in die Hohenrainstraße gerade weiter geht. Das ist ein Erholungsbereich, ein ganz wichtiger. Es geht hier um, bei einem Bebauungsplan sind ja die Aufschließungserfordernisse genau festgehalten, warum ein Bebauungsplan zu erstellen ist, und das ist insbesondere auch die Wassersituation, der Schutz der Uferbereich, dieses Rückhaltebeckens, das schon quasi befüllt ist, aber eben noch einen wertvollen Beitrag leisten kann, wenn der Petersbach übergeht sozusagen und auch ein Gerinnen östlich dieses Teiches. Wie gesagt, es sind zwei Baufelder, die insgesamt 2.700 m² ausmachen. Es ist eine Bebauungsdichte von 0,3 bis 0,4, aber wir haben öfter die Notwendigkeit, dass wir auch kleinere Flächen in geordneter Weise verbauen wollen, um das Gesamtgefüge, die Qualität sicherzustellen, auch die dort erhaltenswerten Bäume, es kommen hier auch noch zusätzliche dazu. Das war auch zum Beispiel das Ergebnis, eine Veränderung im Sinne des zusätzlichen Schutzes eines Baus, gegenüber der Auflage und jetzt der vorgeschlagenen Beschlussfassung. Es geht weiterhin um das Erfordernis, also die Aufschließungserfordernisse sind nicht insgesamt aufgehoben, die inhaltlichen, weiteren, nämlich der Hochwasserschutz, der schon angesprochen vor Uferstreifen, der Freihaltestreifen. Es geht, nur zur Veranschaulichung, um ohne dies daher bei dieser Dichte um eine maximal

zweigeschossige Verbauung, das ergibt sich aus dem Bebauungsgrad von 0,4 und der Bodenversiegelung von 0,2. Ich glaube, ich habe das Wesentliche ausführen können. Wir haben das im Ausschuss auch beraten. Ich danke auch für die aktive Einbringung und darf daher besten Wissens diesen Bebauungsplan zu Beschlussfassung empfehlen. Herzlichen Dank.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *den 08.29.0 Bebauungsplan „Petersbergenstraße 23a-25“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
2. *die Einwendungserledigungen, und*
3. *die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des Aufschließungsgebietes (Nr. VIII.08):*
 - *Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, Nachweis einer zweckmäßigen Verkehrsanbindung und der Verkehrssicherheit der äußeren Erschließung für alle Verkehrsarten (Motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr)*
 - *Innere Erschließung beziehungsweise Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)*
 - *Bebauungsplanpflicht gemäß § 29 Abs 3 Z 3 StROG 2010*

Das Aufschließungsgebiet (Nr. VIII.08) bleibt in Bezug auf folgende Aufschließungserfordernisse:

- *Lärmfreistellung gegenüber emittierendem Straßen- und /oder Schienenverkehr sowie gegenüber emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben*
- *geordnete Verbringung der Oberflächen- und Hangwässer*

- *Belange des Hochwasserschutzes (Überflutungsbereiche an Mur und Grazer Bächen HQ30/100 und Gefahrenzonenplan des forsttechnischen Dienstes für Wildbach und Lawinenverbauung)*
aufrecht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Sikora

**9.14 Stk. 6) A14-221388/2022/0017 04.43.0 Bebauungsplan
„Netzgasse – Lendkai – Keplerstraße –
Neubaugasse“
IV. Bez., KG 63104 Lend**

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Ich berichte den Bebauungsplan 04.43.0 Netzgasse – Lendkai – Keplerstraße – Neubaugasse. Ich habe leider keinen jetzt Bebauungsplan mit, da könnte man hinten auch blau die Mur sehen, entlang des Lendkais, so wie mein Vorredner es gezeigt hat. Die Ausgangslage für die Liegenschaften, eben angeführt, Netzgasse – Lendkai – Keplerstraße – Neubaugasse, erstellt die Stadt Graz einen Bebauungsplan. Das Planungsgebiet hat eine Gesamtgröße von 9.021 m². Gemäß Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt liegt das Planungsgebiet in einer Nutzungsüberlagerung „Kerngebiet mit allgemeinem Wohngebiet und Einkaufszentrenausschluss“, Sanierungsgebiet, Lärm mit einem Bebauungsdichtewert von 0,8 bis 2,5. Zur Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung im gegenständlichen Bereich ist die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich, welcher auch erstellt wurde. Ziel des Bebauungsplanes ist die Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung im gegenständlichen Bereich. Das Verfahren, der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung

wurde in der Sitzung am 15. Februar 2023 über den Inhalt und die beabsichtigte Auflage informiert. Die Kundmachung der Auflage des Bebauungsplanes erfolgte mit Erscheinungsdatum 1. März 2023. Die Auflage, die grundbücherlichen Eigentümer:innen der im Planungsgebiet liegenden Grundstücke wurden angehört und der Bebauungsplan über neun Wochen und zwar in der Zeit vom 2. März 2023 bis zum 4. Mai 2023 zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Eine öffentliche Informationsveranstaltung wurde am 13. April 2023 durchgeführt. Während der Auflagefrist langten fünf Einwendungen, zwei Stellungnahmen und eine Null-Meldung ein, welche alle positiv erledigt wurden. Auch der Bezirksrat ist im gegenständlichen Antrag befragt worden und hat keine Stellungnahme, keine negative Stellungnahme abgegeben. Daher beschließt der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung gemäß § 63 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Den 04.43.0 Bebauungsplan „Netzgasse – Lendkai – Keplerstraße – Neubaugasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Ich bitte um Annahme

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Den 04.43.0 Bebauungsplan „Netzgasse – Lendkai – Keplerstraße – Neubaugasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
2. *die Einwendungserledigungen.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Ulrich

9.15 Stk. 9) A5-107958/2019/0050

**Änderungen der Richtlinie
Aktion „Taxikostenzuspruch für
mobilitätseingeschränkte Menschen“ 2024**

GR Ulrich:

Ich darf erfreulicherweise den Punkt Änderung der Richtlinie, Taxikostenzuspruch für mobilitätseingeschränkte Menschen kurz präsentieren. 1987 ursprünglich eingeführt, wurde er als erste mal 2010 evaluiert. Da sind die Zuzahlungsmodalitäten neu geregelt worden, 2018 ist ja umgestellt worden auf das Gutscheinsystem, was wir aktuell haben. Es wurde immer wieder Rücksprache gehalten mit dem Behindertenbeirat und da ist immer rausgekommen, er wird sehr gut angenommen, auch das Gutscheinsystem wird gut angenommen. Ich selbst habe beruflich ziemlich viel damit zu tun. Das ganz Erfreuliche daran, also ursprünglich war er ja monatlich, also man es monatlich beantragen müssen, in Zukunft kann für sechs Monate im Voraus beantragen. Das dient vor allem auch den Taxibetreibern, als bessere Art der Verrechnung. Das Erfreulichste an diesem Punkt ist natürlich, dass er zum ersten Mal von 10,60 Euro auf 12 Euro erhöht wird. Diese Erhöhung hat lange auf sich warten lassen, jetzt ist sie endlich da. Wir freuen uns, die Menschen, die ihn benötigen freuen sich. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Annahme. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem gegenständlichen Bericht zur Änderung der Richtlinie, die mit Beschluss des Gemeinderates vom 13.12.2018, betreffend Richtlinien für die Aktion

Taxikostenzuspruch für mobilitätseingeschränkte Menschen in Graz, in Kraft getreten ist, wird vorbehaltlich der Zurverfügungstellung der budgetären Mittel zugestimmt. Die geänderte Richtlinie tritt mit 1.1.2024 in Kraft.

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Dankeschön für dieses Stück. Wir haben uns ja schon sehr lange dafür eingesetzt, dass eben der Zeitraum der Einlösung des Gutscheins auch wirklich ausgeweitet wird, weil es gerade bei diesen Bezieher:innen oft der Fall ist, dass sie länger krank sind, im Krankenhaus sind, die Gutscheine, die sie danach dann für weitere Therapiebesuche brauchen würden, auch verfallen. Deswegen sind wir da sehr froh, dass es dieses Stück jetzt gibt und dass es da einen längeren Zeitraum gibt und dem stimmen wir natürlich selbstverständlich zu.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder

**9.16 Stk. 15) A14-074568/2020/0022 05.41.0 Bebauungsplan
„Eggenberger Gürtel 94-98“
5. Bez., KG Gries**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Sehr geehrte Stadtregierung, vertreten durch zwei Stadträte jetzt, werte Kolleg:innen und vielleicht Zuseher:innen Livestream. Ich darf den Bebauungsplan 05.41.0 Eggenberger Gürtel 94-98 vorstellen. Im März am 27. 2018 ersuchten die Eigentümer:innen der Liegenschaften 938/2 und 940/2 der Katastralgemeinde 63105 Gries um die Erstellung eines Bebauungsplanes. Das Planungsgebiet ist insgesamt 3.758 m² groß. Und der 4.0 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz sieht hier, wirksam seit 22. März 2018, hier sieht hier eine Kerngebietsnutzung und weist dieses Gebiet als Sanierungsgebiet Lärm aus mit einem Bebauungsdichtewert von 0,8 bis 2,5. Entlang des Eggenberger Gürtels ist eine Verbreiterung der Verkehrsfläche vorgesehen. Und aus dem Bereichstyp Straßenrandbebauung im Teilraum drei ergeben sich die Festlegungen laut § 4 Abs. 3 Straßenrandbebauung, dass eine

straßenbegleitende und straßenraumbildende, lineare Bebauung, die Lärm- und Immissionsschutz für die straßenabgewandte Seite bilden, vorzusehen ist. Es gilt die Bebauungsplanpflicht für eine geordnete Siedlungsentwicklung und im Vorfeld dieser Bebauungsplanung wurde zum einen ein städtebaulicher Rahmenplan, Gürtelturm Don Bosco vom Büro DI Günter Reissner erstellt, und basierend darauf ein geladener, einstufiger Wettbewerb nach Grazer Modell durchgeführt. Dieser wurde auch über die südlich angrenzenden Grundstücke gezogen, sodass der ganze südwestliche Bereich des Kreuzungsbereichs erfasst ist. Erst gereihtes Projekt war dabei wurde von Ballon Architekten und dem Architekten Herrn DI Andreas Gratl fertiggestellt. Das Verfahren lief gemäß den Raumordnungsvorgaben für die Bebauungsplanerstellung. Dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung wurde dieser Bebauungsplan am 27. April 2022 Vorlage gebracht. Die Auflage erfolgte mit Information am 11. Mai 2022, sie war über acht Wochen anberaumt, vom 12. Mai bis 7. Juli 2022 mit öffentlicher Einsichtnahme und einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 23. Mai. Während der Auflagefrist langten zwei Stellungnahmen und zehn Einwendungen ein. Zu den wesentlichen Punkten dieses Bebauungsplanes ist zu sagen, dass die Bauplatzgröße mit einem Baufeld von 2.608,25 m² ausgewiesen ist und eine Bruttogeschossfläche damit von 9.365 m² zulässig. Es wird die gekoppelte Bebauungsweise nach dem Süden hin zur Liegenschaft neun 949/12 festgelegt, und um urbanen Mix sicherzustellen, ist Wohnen in der Erdgeschosszone nicht zulässig und die Nutzungen, die anderweitigen Nutzungen, also keine Wohnnutzung, müssen mindestens 30 % der maximalen oberirdischen Bruttogeschossflächen betragen. Angesichts der guten Erschließung durch den öffentlichen Verkehr und durch die Versorgung in der Nähe und durch Kinderbetreuungseinrichtungen, sind pro Wohnnutzung von 100 bis 115 m² ein Pkw-Stellplatz vorgesehen und vorgeschrieben. Entlang der Straßen im Osten kommt es, also entlang dieser Eggenberger Straße und der angehenden Kärntner Straße kommt es zur Verbreiterung des Verkehrsraum für die Einbringung eines breiten Fußweges und eines Radverkehrs, also eines Radweges mit begleitender Baumreihe. Im Westen des Grundstücks, angrenzend an die öffentliche Sportfläche, ist im Flächenwidmungsplan eine Vorbehaltsfläche im Flächenwidmungsplan ausgewiesen.

Insgesamt muss man sagen, dass dieses Gebiet, beide Grundstücke, sowohl im Norden, das, was wir hier behandeln, und das Grundstück, das wir im nächsten Bebauungsplan entscheiden werden, oder beschließen werden, hierfür ist im Westen eine Erschließungsfläche nun vorgesehen, da die südlich angrenzende Liegenschaft nicht über die Kärntner Straße erschlossen werden kann und auch nicht über den Kreuzungsbereich. Dort ist lediglich eine nördliche Erschließung im Westen des Grundstücks möglich. Es hat dazu geführt, dass die zivilrechtlichen Vereinbarungen, die erhofft wurden, dass zwischen diesen Grundstücksbesitzer:innen zustande käme, das war nicht möglich und daher wird der ursprünglich vorgesehene Rad- und Fußweg als Gemeindestraße ausgeführt, also kommt in die Obhut der Gemeinde, wird ausschließlich für die Erschließung genutzt und wird zusätzlich einen Gehsteig aufweisen für den Fußverkehr und im Mischverkehr den geplanten Radweg mit Netzwirkung nach Süden vorsehen. Ich beantrage daher im Namen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Den 05.41.0 Bebauungsplan „Eggenberger Gürtel 94-98“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen zu beschließen.

Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Den 05.41.0 Bebauungsplan „Eggenberger Gürtel 94-98“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
2. *die Einwendungserledigungen.*

GR DI Topf:

Sehr geehrter Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Es ist tatsächlich ein schwieriger Bebauungsplan gewesen, nämlich beide Bebauungspläne, es ist ja auch die Zeitachse genannt worden von der Berichterstatterin. Die Situation, die sich dort ergeben hat, das ist angesprochen worden, dass es also bei mehreren Diskussionen, Karl Dreisiebner war zum Beispiel auch dabei mit mir bei der Informationsveranstaltung im JUFA, dass es offensichtlich keine Vereinbarung gegeben hat oder offensichtlich auch keine zustande gekommen ist, trotz heftiger Bemühungen, darf ich das durchaus so sagen, durch das Stadtplanungsamt, durch die Stadtbaudirektion, dass man sozusagen die Erschließung des südlichen Grundstückes über eine zivilrechtliche Vereinbarung abschließen hätte können. Das ist nicht zustande gekommen und deshalb darf ich wirklich danke sagen, auch im Namen sozusagen der Bebauungsplanwerber des südlichen Grundstückes, dass es dann gelungen ist sozusagen, im Einvernehmen mit der Behörde, nämlich mit dem Straßenamt, hier eine Gemeindestraße zu errichten. Die Netzfunktion, die jetzt erst einmal in Frage gestellt wurde, ist über den Grasweg sozusagen darstellbar als Gemeindestraße und wir sind guter Hoffnung, dass eben die Behörde diese Gemeindestraße dann auch sozusagen „bewilligt“ unter Anführungszeichen, weil sonst die Erschließung des südlichen Grundstückes, das dann im Anschluss, glaube ich, auch von dir berichtet wird, nicht möglich wäre. Also noch einmal herzlichen Dank für die langjährigen Bemühungen. Wir sind ja jetzt schon hier für diese beiden Bebauungspläne etwas in Verzug geraten, wenn ich das so sagen darf. Viele Kollegen, auch Kollege Sikora weiß Bescheid, welche Diskussionen hier erforderlich waren, die privatrechtliche Vereinbarung, zivilrechtliche Vereinbarung hat nicht funktioniert, deshalb darf ich danke sagen, auch der Stadt Graz in diesem Sinne, auch dem Straßenamt und auch der Baudirektion, dass es dann gelungen ist, über eine Gemeindestraße, die auch entsprechend gestaltet wird, wie die Kollegin Alexandra hier dargestellt hat, dass also die Erschließung des südlichen Grundstückes, ich melde mich also zum südlichen Grundstück nicht mehr, weil das ein wesentlicher Punkt war, wieso die Beschlussfassung so lange gedauert hat. Jedenfalls danke an das Straßenamt und

auch an die Baudirektion, dass nun diese Erschließung über das nördliche Grundstück über einen Gemeindeweg möglich ist. Danke.

StR Eber:

Danke, Herr Gemeinderat. Dem Dank kann ich mich nur anschließen. Für den südlichen Bauwerber sozusagen war es keine einfache Situation und es ist natürlich erfreulich, dass hier jetzt diese Lösung gefunden wurde. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, bitte das Schlusswort der Antragstellerin.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder:

Nur, dass ich mich ebenfalls bedanke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder

9.17 Stk. 16) A14-110420/2022/0017

05.44.0 Bebauungsplan

„Eggenberger Gürtel – Kärntner Straße“

5.Bez., KG Gries

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder:

Das ist nun der Bebauungsplan 05.44.0 Eggenberger Gürtel – Kärntner Straße. Dieser wurde durch ein Schreiben am 25. April 2018 angesucht von den Eigentümer:innen der Liegenschaften. Das Planungsgebiet weist im Gesamten eine Größe von 8.263 m² auf. Es ist ebenfalls als Kerngebiet und Sanierungsgebiet Lärm mit einem Bebauungsdichtewert von 0,8 bis 2,5 ausgewiesen. Die Grundlagen sind quasi gleich wie bei dem vorangegangenen Grundstück. Auch hier wurde die Planung, diese

Wettbewerbsplanung wurde ja für beide Bereiche angestellt und wurden als Grundlage für die Bebauungsplanung herangezogen, deshalb kürze ich das sozusagen ab. Das Verfahren selbst wurde auch am 11. Mai kundgetan. Die Auflage über zehn Wochen war vom 21. Juli 2022 bis 29. September 2022. Und es gab die öffentliche Informationsveranstaltung am 12. September dieses Jahres. Das Baufeld nördlich des Graswegs wurde ein gekuppelte Bauweise eben an das vorangegangene Bebauungsstück ausgewiesen. Ebenfalls im südlichen Teil ist eine gekuppelte Bebauung für die angrenzende Liegenschaft erforderlich. Ich würde daher ganz schnell auch zum Beschluss kommen und beantrage hier im Namen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Den 05.44.0 Bebauungsplan „Eggenberger Gürtel – Kärntner Straße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen zu beschließen.

Vielleicht nur nachgestellt, das habe ich jetzt irgendwie übersehen, Einwendungen kamen sechs und drei Stellungnahmen, zwei Null-Meldungen. Das nur noch hintangestellt. Danke. Ich bitte ebenfalls um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Den 05.44.0 Bebauungsplan „Eggenberger Gürtel – Kärntner Straße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
2. *die Einwendungserledigungen.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina-Voit

**9.18 Stk. 20) A10/8-160750/2023/1
A8-205500/2022/53**

**„Radoffensive – Verbreiterung GRW
Schöckelbach“**

**1. Projektgenehmigung für die
Jahre 2024 – 2026 in Höhe von
€ 1.100.000,-**

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Schönen Nachmittag noch einmal. Es geht hier um den Gemeinderadweg ein entlang des Schöckelbachs vom Rotmoosweg quasi Richtung Stadtgrenze. Wer den kennt, der ist derzeit relativ schmal, er ist nicht beleuchtet, es ist auch ein gemischter Geh- und Radweg. Also es ist nicht ganz optimal zum Fahren. Und wir wissen, da gibt es rege Bautätigkeit, sowohl innerhalb der Stadt, als auch dann eben in Weinitzen draußen. Und es ist auch ein Weg, der für den Freizeitverkehr gut genutzt wird, wenn man mit dem Rad eben Richtung Schöckl unterwegs ist. Dieser Radweg soll jetzt ausgebaut werden eben. Es ist eine wichtige Verbindungsachse nach der Kategorie A in der Masterplan Rad Offensive. Und dort soll ja auch, wie wir schon beschlossen haben hier im Gemeinderat, der Hochwasserschutz erneuert werden. Das heißt, das hat dann auch einen Synergieeffekt, wenn das gleichzeitig und gemeinsam passiert. Und was auch dort ein Thema ist, ist der Naturschutz, weil das ja entlang eines Baches ist, da wird auch erstmals jetzt eine laufende, eine adaptive Beleuchtung errichtet, die durch einen Sensor erkennt, wenn jetzt jemand kommt, zu Fuß oder mit dem Fahrrad, dass dann das Licht angeht und dass es danach wieder ausgeht, dass einfach wirklich hier auch die Tiere und Pflanzen nicht zu sehr gestört werden. Es ist insgesamt so gedacht, dass der Geh- und Radweg auf 3,5 Meter erweitert wird, abgesehen von punktuellen Engstellen, wo es dann nur 3 Meter sind. Bisher waren das so 2 bis maximal 2,25 Meter. Und in zwei Teilbereichen wird der Geh- und Radweg auch ein Stück verlegt, weil das einfach aufgrund der Hochwasserschutzmaßnahmen notwendig ist. Dort wo Fremdgrundbedarf besteht, wird es auch Grundeinlösen geben. Die Kosten dafür sind ebenfalls in diesem Stück berücksichtigt. Terminlich ist geplant, dass jetzt nach dem

Beschluss zum Hochwasserschutz im Juni, heute eben dieser Beschluss gefasst wird, was die verkehrlichen Maßnahmen betrifft. Es soll dann Anfang des nächsten Jahres im ersten Quartal mit dem Hochwasserausbau begonnen werden und 2026 soll das Projekt dann fertiggestellt werden. Die Kosten sind insgesamt 1,1 Millionen, davon sind 800.000 Baukosten, 300.000 Beleuchtungskosten. Eine Kofinanzierung auf Bundes- und EU-Ebene wird angestrebt, weil das heute schon Thema, aber steht auch hier explizit noch einmal drinnen. Deswegen darf ich namens des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung sowie des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung „Radoffensive GRW Schöckelbach“ in Höhe von € 1.100.000,- wird erteilt. Die Mittel verteilen sich auf 100.000 im Jahr 2024, 500.000 im Jahr 2025, 500.000 im Jahr 2026.
2. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, die Planungsleistungen und Umsetzungsmaßnahmen zur Errichtung von Radinfrastruktur laut Motivenbericht in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Grünraum und Gewässer umzusetzen.
3. Die Abteilung für Verkehrsplanung Graz wird beauftragt, das genannte Projekt im Rahmen der Radoffensive mit den betroffenen Fachabteilungen in der Stadt Graz und dem Land Steiermark abzustimmen und zur Umsetzung zu bringen.

Ich darf um Wortmeldungen und Annahme des Stücks bitten. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Die Projektgenehmigung „Radoffensive GRW Schöckelbach“ in Höhe von € 1.100.000,- wird erteilt.*

Die Mittel verteilen sich in den Jahren 2024 bis 2026 wie folgt:

2024: € 100.000,-

2025: € 500.000,-

2026: € 500.000,-

Die Budgetmittel für die Jahre 2024 bis 2026 werden in SAP auf folgender Budgetkombination im ICF zur Verfügung gestellt:

Finanzstelle 260 / Fonds 612000 / Fipos 1.060000 / HHP 12603720 / Deckungsring 0.260372

Die Bedeckung der € 1.100.000,- für 2024 bis 2026 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds transformative Vorhaben.

Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds transformative Vorhaben geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

- 2. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, die Planungsleistungen und Umsetzungsmaßnahmen zur Errichtung von Radinfrastruktur lt. Motivenbericht in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Grünraum und Gewässer umzusetzen.*
- 3. Die Abteilung für Verkehrsplanung Graz wird beauftragt, das genannte Projekt im Rahmen der Radoffensive mit den betroffenen Fachabteilungen in der Stadt Graz und dem Land Steiermark abzustimmen und zur Umsetzung zu bringen.*

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.00 Uhr).

GR DI Topf:

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörer:innen, insbesondere aus Andritz. Wir begrüßen natürlich diesen Radweg, keine Frage. Wir unterstützen natürlich diese gute Verbindung, Hochwasserschutzmaßnahmen mit Verbesserung und zum Teil Neugestaltung des Radweges. Ich darf aber hier vielleicht sozusagen „außer Programm“ unter Anführungszeichen, zwei dringende Bitten und Forderungen aus dem gesamten Bezirksrat Andritz noch einmal zur Diskussion stellen und um pflegliche Behandlung sozusagen dieser Bitten ansprechen. Nämlich es geht um den Lückenschluss des Radweges nach Stattegg und die Sanieren um Verbreiterung des Rad- und Gehwege neben der Weinzöttlstraße. Dort haben wir wirklich ein großes Problem, dass es sehr eng ist, also hier ist es unbedingt notwendig, dass man entlang der Weinzöttlstraße den Rad- und Gehweg dementsprechend saniert und verbreitet. Ein weiterer Punkt, der immer wieder angesprochen wird, schon mehrfach angesprochen auch mit der letzten Legislaturperiode, war der Punkt, dass hier die Beleuchtungssituation in Teilbereichen der Rad- und Gehwege schlecht sind. Da darf ich noch einmal darauf hinweisen, ist schon mehrfach auch im Gemeinderat diskutiert worden, dass also beim Strasserhofweg hier eine Beleuchtung unbedingt notwendig wäre, vielleicht auch mit dem System, das heute auch für den zu sanierenden und neuzugestaltenden Radweg hier entlang der Hochwasserschutzmaßnahmen notwendig wäre. Also bitte noch einmal sozusagen um vordringliche Behandlung auch dieses Bereiches. Das ist ein großer Wunsch aus dem Bezirk Andritz, insbesondere auch aus dem Bezirksrat. Dankeschön.

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung, werter Vortragende. Ich freue mich auch auf dieses Stück. Ich fahre dort sehr oft auch Richtung Schöckl mit meinem Bike, nicht mit dem E-Bike, sondern noch mit Naturkraft, und ich kenne die Situation, dort ist es wirklich sehr und kommt oft zu brenzlichen

Situationen. Mein Vorredner Georg Topf hat auch Recht gehabt, was die Anbindungen anbelangt, das möchte ich vielleicht hier auch erwähnen, Richtung Stattegg und dass diese Verbindung auch hergestellt wird, glaube ich, sehe ich das auch so, und unser Klub, dass es extrem wichtig ist, um dort auch eine Beruhigung hineinzubekommen, weil dort die Radfahrerinnen und Radfahrer jetzt doch stark befahrenen Weinitzenstraße entlangfahren müssen. Was ich noch vielleicht anregen möchte, ist der Rotmoosweg selbst, der sehr stark mit Durchzugs- und Schleichverkehr belastet ist, möchte ich einmal sagen. Also dort müssten wir, glaube ich, auch eine Lösung finden. Das ist wirklich ein kleines Teilstück nur, aber das wird sehr extrem stark von Familien mit Kleinkindern frequentiert und dort kommt es immer wieder zur gefährlichen Situation. Also vielleicht, dass man das auch ins Kalkül sieht. Trotzdem ein tolles Stück, ich freue mich auf die Umsetzung und bitte auch um Annahme. Danke.

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Grundsätzlich freut es mich, dass sich hier breite Zustimmung abzeichnet. Vielleicht noch kurz zu den genannten Projekten, die stehen alle auf den Listen auch drauf, werden eben nach und nach abgearbeitet. Also egal ob jetzt Strasserhofweg, Weinitzenstraße, Rotmoosweg, Weinzöttlstraße, die genannt worden sind, das sind alles wichtige Achsen, radial eben vom Stadtzentrum nach außen in die Umgebungsgemeinden auch. Wir wollen ja auch den stadtgrenzüberschreitenden Verkehr möglichst auf das Rad verlagern und dort gibt Möglichkeiten, gerade aus Stattegg kommt man, glaube ich, auch mit dem Rad sehr gut nach Graz hinein, wenn eben dann die Infrastruktur dann dort passt. Insofern, freue ich mich, dass wir diesem Stück jetzt einmal zustimmen, dann wird es einmal Richtung Weinitzen auf jeden Fall bessern. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Lenartitsch

- 9.19 Stk. 21) A10/BD-153792/2023/001 A10/BD „Straßen- u.
A8-205500/2022/54 Grünraumgestaltung im Zuge der
Gleissanierung Linie 7 (Parkhotel)“**
- 1. Projektgenehmigung in Höhe von
gesamt € 1,2 Millionen brutto für die
Jahre 2024-2025 im ICF-Bereich**
 - 2. Reduktion von div. ICF Projekten**

GR Lenartitsch:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Kurze Irritierung, macht nichts, wir schaffen das, weil sonst bekommen wir ja die Stücke am Anfang auf die Bank gelegt. Nachdem es bei mir nicht gelegen ist, habe ich mir gedacht, dann ist es nicht meine Berichterstattung, kein Problem. Es geht um die Straßen- und Grünraumgestaltung im Zuge der Gleissanierung der Linie 7 beim Parkhotel. Eine sehr befahrene Straße, wobei man sagen muss, die Mittel für die Sanierung sind ja schon freigegeben, die stehen ja schon. Warum muss dort saniert werden? 2017 hat man ja das Glacis dort saniert und ist eigentlich noch bis zur Haltestelle gekommen, bis zur Albertgasse und muss jetzt dann aufgrund der hohen Frequenz eben diesen Gleisbogen weiter in die Leonhardstraße sanieren. Es gibt ein paar Herausforderungen dort, einerseits ist es der Kroisbach, der da unterhalb durchfließt, das ist ein sehr kritisches Stück, weil es nämlich aufgrund der Erschütterungen und der sehr geringen Höhe, die dann über der Kanaldecke, also durch den Kroisbachkanal bis hinauf zu den Schienen eigentlich sehr gering ist. Das kann man mit diesen Umbauarbeiten auch etwas erhöhen. Somit gibt es auch eine bessere Dämpfung, was auch die Erschütterungen im Hotel und den umliegenden Bewohnerinnen und Bewohnern so quasi dann sehr zu Gute kommen wird. Wenn irgendwo Gleise saniert werden, macht es natürlich auch Sinn, dass gleich andere Reparaturarbeiten, kann man es vielleicht nennen, oder auch Verschönerungsarbeiten geleistet werden. Im Zuge dieser Sanierung werden natürlich auch andere Leitungen von anderen, ich sage jetzt einmal Mitbaustellenbetreibern gemacht. Was betrifft das auch? Kanal, teilweise

Infrastrukturleitungen von Strom oder auch Internet, das wird da gleich immer mitgemacht, das ist ganz gescheit, dass bei uns dann die Baustein dementsprechend gut koordiniert sind und man nachher nicht, vielleicht nachdem sie alles zugemacht haben, wieder ein halbes Jahr später sagt, ok, reißen wir wieder auf, weil wir müssen etwas verändern. Im Zuge dessen wird natürlich jetzt dann auch in der Maiffredygasse die Parkplatzsituation neu gemacht. Nachdem es eine Novelle gegeben hat zur Straßenverkehrsordnung, wo die schrägparkenden Parkplätze einen größeren Raum brauchen, der dort aber nicht mehr zur Verfügung steht, werden die Schrägparkplätze auf Längsparkplätze umgebaut. Warum macht man das? Weil bei den schrägparkenden Parkplätzen so quasi sehr viele Verkehrsunfälle passieren, das ist ein Sicherheitsgeschichte und auch weil dort die Straßenbahn natürlich auch, wenn dann die Neutorgasse fertiggestellt ist, die Linie 17 und die Linie 7 dort noch höher frequentieren, auch der 1er, und deswegen braucht man natürlich auch für die Pünktlichkeitsoffensive dort ein sicheres Weiterkommen des öffentlichen Verkehrs. Aus diesem Grund, wir haben das auch gestern, glaube ich, im Ausschuss sehr gut diskutiert. Da waren wir noch nicht alle derselben Meinung, vielleicht ist es ja heute so, dass wir vielleicht einstimmig auch die Begleitmaßnahmen einer Straßenbahnsanierung, wie wir es in der Burenstraße gehabt haben und der Linie 7, diesmal gemeinsam diesen Weg beschreiten, deshalb bitte ich um Annahme dieses Stücks. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Punkt 1: Die Projektgenehmigung „Straßen- u. Grünraumgestaltung im Zuge der Gleissanierung Linie 7 (Parkhotel)“ in Höhe von 1,2 Millionen Euro für die Jahre 2024 – 2025 wird beschlossen. Die entsprechenden Budgetmittel für das Jahr 2024 in Höhe von 1,1 Millionen Euro und für das Jahr 2025 0,1 Millionen Euro werden auf der Kombination Finanzstelle 220/ Fonds

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. November 2023

612000/ Finanzposition 1.060000/ HHP 12204490/ Deckungsring D.220449,
zur Verfügung gestellt.

Punkt 2: Der Reduktion div. ICF Projekte wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
220	612000	1.060000	12203970	Nebenfahrbahn Kärntner Straße/ Im Bau befindliche Grundstückseinr.	D.220397	-200.000	

220	612000	1.060000	12204420	Straßenraumgestaltung Burenstraße/ Im Bau befindliche Grundstückseinr.	D.220442	-400.000	
220	612000	1.060000	12203940	Straßenraumgestaltung Körösisstraße/Lange Gasse/ Im Bau befindliche Grundstückseinr.	D.220394	-500.000	
220	612000	1.060000	12203810	Münzgrabenstraße/ Im Bau befindliche Grundstückseinr.	D.220381	-100.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		-1.200.000	

*Punkt 3: Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung und Mitwirkung der
befassten Magistratsabteilungen mit der Koordination und begleitenden
Umsetzung bevollmächtigt.*

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
lieber Berichterstatter. Du hast sehr ausführlich den ersten Teil sozusagen dieses
Stücks berichtet, der ja ohne Zweifel notwendig ist. Also wir müssen dort die Gleise
sanieren, keine Frage und in diesem Zusammenhang wird auch dieses Ziegelgewölbe

über dem Kroisbach durch sozusagen ein besseres Gewölbe, nämlich ein Betongewölbe, ersetzt, damit auch die Erschütterungssituation dort wesentlich verbessert wird. Gegen das ist ja grundsätzlich nichts einzuwenden. Wir haben allerdings zwei Kritikpunkte hier anzumerken, weshalb wir diesem Stück in der Form nicht zustimmen können. Wir müssen jetzt darüber nachdenken, dass also die Maiffredygasse nicht mehr durchfahren werden kann. Das bedingt, dass man auf die Glacisstraße ausweichen muss und dann erst rechtsabbiegend in die Leonhardstraße kommt. Das würde sich auch noch irgendwie darstellen lassen. Der wesentliche Kritikpunkt aus unserer Sicht, und ich habe mir das inzwischen genau angeschaut und auch sozusagen mit dort wohnhaften Personen durchgesprochen, es ist die Problematik tatsächlich ganz stark konzentriert auf den Kreuzungsbereich, der sehr ungünstig ist zugegebenermaßen, nämlich Schillerstraße, Lessingstraße, Leonhardstraße und Lichtenfelsgasse. Man muss sich aber jetzt Folgendes vorstellen, wenn man von Osten kommt und in die Lessingstraße möchte, dann geht das jetzt in Zukunft nicht mehr, weil eben der Linksabbieger aus der Leonhardstraße in die Lessingstraße nicht mehr möglich ist. Man muss also aus der Leonhardstraße kommend, dann spätestens in der Lichtenfelsgasse, die wird ja umgedreht, die Einbahnsituation wird jetzt von Süden nach Norden sein, man muss also über die Lichtenfelsgasse dann in die Elisabethstraße fahren, dann linksabbiegend in den Glacis, dann wieder linksabbiegen in die Leonhardstraße, damit man dann in der Leonhardstraße rechtsabbiegen in die Lessingstraße kommt. Also man muss sich das einmal vorstellen, welchen Umweg wir hier produzieren, wiewohl ich noch einmal durchaus zugestehe, dass die Kreuzungssituation dort etwas schwierig ist. Das Gleiche gilt nämlich auch, wenn ich von der Schillerstraße nach Westen möchte. Ich muss dann aus der Schillerstraße hineinbiegen in die Lessingstraße, so ist es hier vorgesehen, braucht man sich nur dem Plan anschauen, und ich weiß nicht, wie man dann aus der Lessingstraße, Schillerstraße/Lessingstraße überhaupt in den Westen kommt. Das ist also für mich völlig unklar. Deshalb habe ich auch gestern diese Frage gestellt. Sie konnte nicht, für mich jedenfalls, zufriedenstellend, oder für uns zufriedenstellend, beantwortet werden. Eine zweite Frage, die sich auftut, ist natürlich, ob diese

Maßnahmen nicht schon sozusagen ein Vorgriff dafür sind, gerüchteweise hört man das ja schon, dass also die Leonhardstraße zumindest von der Merangasse Richtung Glacis oder vielleicht etwas weiter vorher grundsätzlich für den Individualverkehr der gesperrt werden sollte, in Zukunft, möglicherweise zweite, dritte, vierte Ausbaustufe. Ich möchte nur noch einmal ersuchen, dass man ein Gesamtkonzept erstellt, die Bürgerinnen und Bürger einbindet. Die Informationsveranstaltung soll ja erst im Jänner stattfinden, denn das finde ich schon sehr notwendig, wenn man sozusagen die Relationen sich noch einmal aufgrund der Kreuzungsneugestaltung Schillerstraße, Lessingstraße, Lichtenfelsgasse und Leonhardstraße anschaut. Also wirklich ein sehr, sehr großer Umweg muss gemacht werden. Ich wiederhole, Leonhardstraße in die Lessingstraße, also über die Elisabethstraße, große Umwege sind notwendig, und ich weiß auch nicht, wie man bewerkstelligen sollte, dass man aus der Schillerstraße in irgendeiner Form sinnvoll in den Westen kommt. Aus diesem Grund werden wir, insbesondere in Bezug auf die Neugestaltung dieser Kreuzung, diesem Stück nicht zustimmen.

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Vielleicht gleich zu diesen Argumenten auch, ich habe mir das jetzt auch noch einmal angeschaut auf Google Maps. Wir haben die Alberstraße und die wird jetzt in Zukunft, im Gegensatz zu jetzt, über die Maiffredygasse auch erreichbar sein und zwar in beide Richtungen. Also zurzeit kann man über die Maiffredygasse ja nicht in die Alberstraße fahren, das wird in Zukunft möglich sein. Und das wird eben auch diesen beschriebenen Umweg ein Stück weit verkürzen, dass man letzten Endes in die Lessingstraße oder auch in die Schillerstraße kommt, gilt natürlich genauso Richtung Westen, wenn ich aus der Lessingstraße heraus fahre, rechts über die Alberstraße und dann über die Maiffredygasse hinaus wieder zurück zur Leonhardstraße. Natürlich ist es weiterhin oder ist es dann mehr Weg zu fahren als bisher. Nur das ist halt die Logik, wenn wir dort Autos herausbringen wollen, dann müssen wir auch schauen, dass die nicht immer den kürzesten Weg quer durch die Leonhardstraße finden, und sonst

möglicherweise eben gleich ganz anders fahren und nicht eben aus der Leonhardstraße herauskommend, sondern über die Elisabethstraße kommen, wenn sie von Westen fahren oder über andere Straßenzüge. Es geht ja darum, dass wir dort den Verkehr beruhigen, dass die Straßenbahn pünktlicher wird, und das ist eine der wichtigsten und neuralgischsten Stellen, die wir haben, neben der Münzgrabenstraße, wo die Straßenbahn permanent im Stau steht, jeden Tag im Stau steht. Das heißt, wir haben da große Synergien und da muss man auch einmal wirklich ein Lob an die Verwaltung aussprechen, die dieses Stück erarbeitet hat, weil da wirklich sehr, sehr vieles berücksichtigt wurde. Es wird dort die Straßenbahn pünktlicher und verlässlicher. Das hat die Auswirkungen bis hinaus nach Leonhard, in die Ragnitz hinein, nach Stiftingtal, wo dann die Anschlüsse auch verlässlicher erreicht werden können. Es hat Vorteile was die Radachse betrifft. Wir haben genau zwischen Uni und TU, da haben wir nicht so viele Autoverkehr, da haben wir sehr viel Radverkehr jeden Tag und diese Kreuzung dort mit der Leonhardstraße, die ich zurzeit ziemlich gefährlich, da muss man irgendwie quer über die Schienen drüberfahren. Das wird in Zukunft besser, weil man die Schienen gerade überqueren kann. Das heißt, das wird entschärft. Wir unterbinden auch diesen Schleichverkehr, der derzeit stattfindet, eben in der Schillerstraße, in der Lichtenfelsgasse, in der Lessingstraße. Das heißt, unterm Strich ergeben sich da Push- und Pull-Maßnahmen, das verleitet ja genau in Kombination dann zum Umsteigen, dass man dann eben nicht mehr das Auto nimmt, sondern mit den Öffis und mit dem Fahrrad unterwegs ist. Also wenn wir weniger ÖV haben, dann steht der ÖV weniger im Stau, dann gibt es auch weniger gefährliche Situationen für den Radverkehr und die Spirale dreht sich dann eben in die richtige Richtung und das ist sehr schön. Profitieren davon werden auch die Anrainer:innen vor Ort, ganz klar, was Lärm und Staub betrifft, die Sicherheit wird erhöht, auch die Erschütterungen der Straßenbahn, die ja zurzeit ein Thema sind, werden reduziert. Also da wird sich vieles bessern, was die Lebensqualität auch in diesem Bereich betrifft, und last but not least, auch die Gewerbetreibenden, weil ganz sicher die Attraktivität steigt in diesem Bereich auch zu Fuß zu gehen. Man weiß, je attraktiver die Straße gestaltet ist, desto mehr Menschen gehen zu Fuß. Und gerade in der

Leonhardstraße haben wir ja sehr viele Gewerbetreibende, auch in der Maiffredygasse. Das heißt, auch die werden dann profitieren. Insgesamt also eine Win-Win-Situation, gesamtstädtisch und auch vor Ort und dementsprechend hoffe ich hier wirklich auf breite Zustimmung für dieses tolle Stück. Dankeschön.

GR Lenartitsch:

Vielleicht noch ganz kurz angemerkt. Im Vorfeld wurde auch schon mit den Firmen, mit den Betrieben, die dort rund herum sind, auch schon gesprochen, was so quasi sich verändert beziehungsweise wie sich das auswirken kann. Und da gab es nicht allzu großen Widerstand, weil es eben auch um die Sicherheit geht, vor allem wenn die Kundinnen und Kunden dort vorne parken, diese Schrägparkplätze, dass die Leute dann einfach auch besser und sicherer dort zukommen können. Anders wie es der Kollege Kozina-Voit schon gesagt hat, dass halt die Alberstraße dadurch leichter erreichbar ist, und jetzt dann halt auch, und ich möchte nicht immer nur hören, was man nicht alles tun darf, oder wenn etwas umgedreht wird, dass ich dort nicht mehr fahren kann. Man kann eben jetzt dann auch von der Leonhardstraße in die Maiffredygasse einbiegen. Man muss auch die positiven Dinge einmal erwähnen und nicht immer nur was alles zu quasi dann schlecht war oder was man glaubt, dass schlecht sein wird. Dennoch hoffe ich auf breite Zustimmung. Es ist ein wunderbares und schönes Projekt. Und es fallen nicht alle Parkplätze weg. Das ist zum Beispiel diesmal gar nicht gefallen, es werden nur einige wenige wegfallen. Und was auch ganz wichtig ist, ist, dass im Zuge des Umbaus auch bei der Apotheke dort ja eine neue Druckknopfampel kommt, was so quasi noch mehr Sicherheit für die Fußgänger bringt. Also bitte trotzdem vielleicht noch einmal kurz nachdenken, 20 Sekunden noch, weil dann fragt die Frau Bürgermeisterin wahrscheinlich um die Abstimmung und dann könnten wir alle gleichzeitig aufzeigen. Danke.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (15.18 Uhr).

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Herlicska

**9.20 Stk. 22) A10/BD-085394/2019/74 Klimaeuro+
A23-032670/2020/66 Sonderbudget für Mitmach-Aktionen PG
A8-205500/2022/56 im LCF der BD iHv. 100.000 Euro für die
Jahre 2023 und 2024**

GRⁱⁿ Herlicska:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Stadtrat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich darf euch heute ein Stück berichten aus dem Umweltausschuss und zwar geht es hier um den Klima Euro und ein Sonderbudget für Mitmach-Aktionen. Es handelt sich dabei um ein Sonderbudget aus dem Bereich des Klimaschutzplans Teil 2. Ich darf erinnern, die Eröffnungsbilanz des Klimaschutzplans und Teil 2 des Klimaschutzplans, die Aktionspläne, wurden alle hier einstimmig im Gemeinderat bereits beschlossen. Und hier geht es jetzt darum, auch einen Teil 2C um Maßnahmen zu fördern, die einen sogenannten Schneeballeffekt haben sollen, wo es wirklich darum geht, dass Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv sich informieren können und handeln können und da auch andere dazu motiviert werden, diesem Beispiel nachzufolgen. Kurze Beschreibung, um was geht es jetzt bei dem Klima Euro+ Sonderbudget für Mitmach-Aktionen? Hier geht es darum, dass sich Leute in Graz, und zwar zum Beispiel Hausgemeinschaft, Vereine und so weiter, sich jetzt Leute einladen können, Expertinnen und Experten, um sich Schulen und Wissen aneignen zu können, wie sie ihr Leben besser, CO₂-neutraler und nachhaltiger gestalten können. Und zwar geht es dann darum, dass man hier Förderungen von mindestens 100 Euro erlangen kann beziehungsweise maximal 1.500 Euro pro Maßnahme und Kalenderjahr. Bei diesen Zusammenschlüssen geht es dann um Personenzusammenschlüsse von mindestens drei Personen, die den Sitz in Graz haben. Also, wie ich vorhin schon gesagt habe, das könnten Vereine sein, das können Hausgemeinschaften sein, die

daran interessiert sind, ihr direktes Umfeld klimaneutral zu gestalten. Und diese Maßnahmen werden dann natürlich auch bewertet von einer fachlich kompetenten Jury, die sich zusammensetzt aus zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Magistraten und drei Personen aus dem Klimabeirat, die bewerten dann jeweils, ob diese eingebrachten Veranstaltungen auch wirklich förderwürdig sind.

Veranstaltungen können sein, zum Beispiel Vorträge, Dialogforen aber auch Workshops zur effizienten Nutzung von Energie, zur klimafreundlichen Mobilität oder zum nachhaltigen Sanieren und Bauen. Es können folgende Kostenkategorien gefördert werden: Honorare für ausgewiesene Expertinnen und Experten, zum Beispiel auch Druckkosten für Infomaterial, ein Catering-Beitrag, die Raummiete für Veranstaltungen und auch die Anschaffung für Tools, aber jedoch nicht zum Beispiel für Laptops oder Ähnliches. Eine weitere Voraussetzung ist für den Erwerb dieser Förderung oder den Erhalt dieser Förderung, es muss natürlich einen lokalen Bezug haben für das Projekt, es muss eine Relevanz für den Klimaschutz haben und es muss auch eine gewisse Öffentlichkeitswirksamkeit haben. Das heißt, dass es auch anderen zugänglich sein muss, diese Aktion nachzumachen oder sich da anzulehnen und oder einen nachhaltigen Mehrwert daraus zu beziehen, es soll dann auch einen Hashtag #bindabei geben, um zu zeigen, dass man interessiert ist, das in die Öffentlichkeit zu tragen. Wie ich vorhin schon beschrieben habe, die Prüfung dieser Anträge auf die Förderung erfolgt durch eine Fachjury, die, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, die Unterstützung für diese Klimaschutz-Mitmach-Aktionen tritt mit 1.1.2024 in Kraft und das erstmal als temporäre Aktion gedacht, um zu schauen, wie kommt das an, ist das Interesse da. Natürlich wird das auch dementsprechend beworben werden, auf Social Media, vielleicht auch in der BIG, damit auch möglichst viele Menschen in Graz von diesem Klima Euro+ erfahren können. Insgesamt werden 100.000 Euro für diesen Klima Euro+ ausgezahlt, jeweils 50.000 Euro für das Jahr 2023 und 50.000 Euro für das Jahr 2024. Das hat unter anderem den Grund, damit man mit 1.1. schon mit den ersten Auszahlungen anfangen könnte, wenn es da schon Veranstaltungen gibt. Also zum Antrag selbst, es geht jetzt darum, dass der Gemeinderat beschließen wolle, dass das Sonderbudget für den Klima Euro, wie mit Motivenbericht von mir berichtet,

genehmigt wird, dass die Auszahlung von diesem 100.000 Euro aufgeteilt wird wie vorhin beschrieben aus dem beschlossenen Budget 2023 der Stadtbaudirektion beziehungsweise den Budgetvorgaben für das Jahr 2024 abgedeckt werden. Und, das habe ich vorher noch nicht ausgeführt, die ganze Abwicklung wird über die Grazer Energieagentur laufen und da müssen wir eben jetzt auch die Beauftragung der Grazer Energieagentur mit der administrativen Abwicklung des Sonderbudgets beauftragen. Im Ausschuss ist dieses Stück auch diskutiert worden und wurde dort einstimmig angenommen. Ich hoffe auf eine große Zustimmung, auch hier im Gemeinderat. Dankeschön.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Einrichtung eines Sonderbudgets „Klimaeuro+“ mit der Vorgangsweise gern. Motivenbericht wird genehmigt.*
- 2. Die Auszahlung iHv. gesamt 100.000 Euro Jeweils 50.000 Euro für das Jahr 2023 und 2024) kann aus dem beschlossenen Budget 2023 der Stadtbaudirektion beziehungsweise den Budgetvorgaben für das Jahr 2024 abgedeckt werden.*
- 3. Die Stadtbaudirektion beauftragt die Grazer Energieagentur Ges.m.b.H. mit der administrativen Abwicklung des Sonderbudgets „Klimaeuro+“.*

GR Ing. **Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer. Nachdem ich nicht beim Ausschuss war, darf ich hier ein bisschen meine Kritik anbringen und es werden ja vielleicht noch ein paar Redner folgen. Sonderbudget Klima Euro, ja, das klingt einmal noch etwas Besonderem, irgendeine tolle PR-Aktion. Ist klar, die Koalitionsregierung nimmt sich besonders dem Thema Klima an. Auf der einen Seite werden zwar immer die Ausgaben, wie hohe Ausgaben wir haben, beklagt, aber hier wird natürlich kein

Aufwand und keine Mühen gescheut. Was mir aufgefallen ist, die Umsetzung dieses sogenannten Klima Euros ist sicher nicht sparsam und das ist auch wenig wirtschaftlich, weil die Spielregeln sind ja aufgezählt worden. Also auch danke für das detaillierte Berichten, damit sich alle ein Bild machen können, weil hier geht es um Mitmach-Aktionen, wo dann der Antragsteller zwischen 100 und 1.500 Euro bekommen kann. Aber was ist dazu alles nötig? Es wird einmal ein Antrag gestellt, dann tritt eine Jury zusammen. Jetzt sage ich, im schlechtesten Fall geht es hier um 100 Euro. Da kommen drei Klimabeiratsmitglieder zusammen, zwei Magistratsbeamte, die diskutieren dann noch womöglich darüber. Also der Aufwand ist wahrscheinlich, die 100 Euro brauchen, dann schon einmal die Beamtenschaft alleine, wenn man ihre Arbeitszeit rechnet. Wenn das Ganze dann abgeschlossen ist, gibt es Bildmaterial, hier muss Bildmaterial hochgeladen werden. Vielleicht schaut sich das dann die Jury auch noch einmal an, diskutiert darüber, ob das gescheit war. Also, ob man das für 100 Euro, würde ich keine Werbung dafür machen wollen. Dann haben wir schon gehört, das Ganze wird dann als Hashtag bezeichnet. Ja, #Kanaldeckel, vielleicht fließt ja dann ein Geld in den Kanal. Also ich sehe hier keinen Vorteil für das Klima und das ist einzig eine PR-Aktion für die grüne Vizebürgermeister.

GR Huber:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Wenn man sich das Stück Klima Euro+ genauer anschaut, muss man halt leider wieder einmal festhalten, dass es unter einer grünen Vizebürgermeisterin, Judith Schwentner, wieder mal einen Rückschritt in Sachen Klimaschutz gibt. Im Wahlkampf seid ihr jetzt noch groß aufgetreten und habt gesagt, wir machen den Klimaschutz, den führen wir jetzt auf neue Wege. Und wenn ich mir das jetzt so anschau, außer einer großen Überschrift bleibt da relativ wenig Inhalt über, leider, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Und was ich gar nicht verstehe, ist, dass man einfach einmal ein erfolgreiches Projekt der Vorgängerregierung nicht weiterführt. Wir haben 300.000 Euro den Bezirk und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt, um wirklich großartige

Projekte in den Bezirken zu fördern. Jetzt ist es ein Drittel davon. Von diesem Drittel gehen noch immer 30.000 an eine Agentur, die das Ganze begleitet. Also wo hier der große Wurf sein soll, bleibt uns leider schleierhaft. Aber vielleicht ist das etwas, was man in der nächsten Fragestunde wieder erfragen kann, weil Sie haben ja heute auf Instagram gepostet, die gefragteste Frau mit acht Fragen zu beantworten. Vielleicht liegt das einfach daran, dass Sie eine Politik machen, die keiner versteht und wir da nachfragen müssen. Also dieses Stück fällt hier leider wirklich in diese Kategorie hinein.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Die ÖVP hat wahrscheinlich Politikerinnen gerne, weil ich kann mich erinnern, in der letzten Periode habe ich 16 Anfang einmal gehabt, also von wegen beliebtesten Ranking, da sind viele gewesen.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Jetzt abseits von der Polemik würde ich mich gerne zu diesem Stück äußern, weil es ein wirklich sehr gutes Stück ist, das von den Fachabteilungen, vor allem jenen, die jetzt zum Glück auch durch die Klimapionierstadt mehr geworden sind, nämlich Mitarbeiter:innen in den Klimareferaten, wenn man es jetzt sozusagen so global sagt, die sich mit dem Thema ausgiebig beschäftigt haben. Zum einen mit dem Klima Euro, wie er davor war. Es gab eine Evaluierung und basierend darauf, diesen Vorschlag, den Klima Euro anders einzusetzen, nämlich auch den Klimaschutzplan 2, wo wir ja vorgesehen haben, dass wir Maßnahmen setzten, die die Bevölkerung motivieren und aktivieren, dass wir dort stärker hingehen. Übrigens ein gemeinsamer Beschluss des Gemeinderates, an den ich gerne an dieser Stelle erinnere. Fazit der Evaluierung unserer Abteilungen war, zum zuvor bestehenden Bezirks-Klima-Euro, dass, obwohl sehr viel geworben wurde dafür, in drei Bezirken bis zum Schluss niemand etwas eingereicht hat, dass 227.000 Euro ausgegeben wurden und sehr viel im Bereich Naturschutz und Klimawandelanpassung, jetzt bin ich die Letzte, die ich etwas dagegen

hat, Maßnahmen zu setzen im Bereich Klimawandelanpassung und Naturschutz. Nur, es geht um ein Klimaschutzprojekt und einen Klimaschutz Euro und nicht unbedingt um Naturschutz und Begrünung. Das heißt, weniger als 50 % der Maßnahmen dienen wirklich dem Klimaschutz. Und ich möchte auch eines betonen, wenn wir jetzt nichts tun, dann wird es richtig teuer, Herr Gemeinderat Lohr, weil es ist die oberste Aufgabe von uns allen, im Klimaschutz entsprechende Maßnahmen zu setzen. Wir erleben das mittlerweile schon fast täglich, wie radikal sich das Klima ändert und wie sehr wir uns auch in den Städten schützen müssen und auch aktiv werden müssen. Wir haben deswegen dieses Projekt, und ich kann dem gut folgen, nämlich den Fachabteilungen neu aufgesetzt. Wir wollen, dass die Menschen aktiv werden, dass sie sich miteinander mit dem Thema Klimaschutz beschäftigen, dass sie quasi ihren ökologischen Handabdruck, dass sie motiviert sind, miteinander was zu tun, stärken und dahingehend auch aktiv werden. Wir wissen, dass 28 % der CO₂-Emissionen aus Haushalten stammen, 21 % aus dem Verkehr. Das heißt, jeder und jede Grazer:in kann etwas tun und das möchten wir damit unterstützen. Deswegen freue ich mich sehr, dass wir dieses Stück haben und natürlich werden wir auch das jetzt evaluieren, ob das gut läuft. Und gerne stehe ich Rede und Antwort in allen weiteren Fragestunden, auch zu diesem Thema.

GRⁱⁿ Herlicska:

Vielen Dank auch für die Möglichkeit, jetzt noch ein Schlusswort zu halten. Ich möchte mich da an den Kollegen Lohr wenden und vielleicht ein bisschen auf den neuesten Stand heben. Wir leben in einer Zeit, in dem der Mensch es geschafft hat, mit seinen Schalten und Walten, ganz besonders kapitalistischen Wirtschaftssystem, diesen Planeten, auf dem wir leben, an den Rand der Existenzfähigkeit zu bringen und vielerorts auf diesem Planeten schon darüber hinaus. Das heißt, dieses Thema des Klimawandels und der Bekämpfung des Klimawandels und ihn soweit noch einzudämmen, dass wir einen Planeten für die nächsten Generationen oder eine Stadt für die nächsten Generationen noch haben, wo alle wirklich ein lebenswertes Leben führen können, egal wie viel Geld sie haben oder auch nicht, ist ein ganz elementarer

Teil der politischen Arbeit dieser Stadtregierung. Und ich weiß, das gefällt Ihnen nicht, wie das so ist, aber es ist deswegen nicht falsch. Gut, dann noch zur inhaltlichen Kritik möchte ich noch etwas vielleicht nachführen und erklären, es ist jetzt nicht so, dass diese Fachjury, die diese Projekte bewertet, jedes Mal zusammenkommen muss und das alles bewerten muss, sondern das ist auch ein sehr modernes Vorgehen, dass hier Dinge gesammelt werden können und auch ein elektronischer Umlaufbeschluss gefasst werden kann. Somit ist eine schnelle Bearbeitung und eine, was mir ganz wichtig ist, fachlich kompetente Bearbeitung dieser Anträge wirklich gewährleistet. Und ein weiterer Punkt, den ich noch ansprechen möchte, natürlich gibt es viele Hashtags, natürlich kann man sagen, Social Media nimmt vielleicht ein bisschen viel Überhand, aber es ist nun halt immer zurzeit, und ich glaube, das wird sich nicht mehr ändern, dass Hauptkommunikationsmittel der Menschheit, und damit erreicht man einfach unglaublich viele Leute. Man muss übrigens nicht teilnehmen, man kann es auch einfach bleiben lassen und ein Fax schicken. Gut, danke. Ich bitte jetzt trotzdem um breite Zustimmung und ich hoffe, dass wir viele schöne Projekte bekommen werden und auch weiterhin unsere gute Arbeit, was das Thema Klimawandel und Klimaschutz in der Stadt Graz betrifft, weitermachen können. Dankeschön.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Berichterstatter: GR DI Topf

9.21 Stk. 23) StRH-094838/2022

**Bericht des Stadtrechnungshofes
„Investitionen in die Daseinsvorsorge“**

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtregierung. Ich darf dieses Stück hier berichten. Das ist ein Bereich des Stadtrechnungshofes, nämlich Investitionen in die

Daseinsvorsorge. Der vorliegende Kontrollbericht des Stadtrechnungshofes zu den Investitionen in die Daseinsvorsorge wird nachfolgend mit seinen wichtigsten Aussagen und Feststellungen wie folgt zusammengefasst: Das Haus Graz erbringt die notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge in den Bereichen insbesondere, und das unterstreiche ich, Abfall, Abwasser, Energienetze, also Strom, Fernwärme, Gas, öffentlicher Verkehr, Straße, Wasser und Wohnen. Dafür hat sie Anlagegüter im Wert von fast 2 Milliarden Euro. Das ist also hier wesentlich zu berichtigen. Es gab bisher keine gezielte zusammengefasste Betrachtung der Investitionstätigkeiten im Bereich der Daseinsvorsorge. Dem Gemeinderat langten keine oder nur geringe Information über das Vermögen und die Investitionen in den einzelnen Daseinsbereichen zusammengefasst, nämlich übersichtlich zusammengefasst, und im Überblick vor. Damit konnte er auch keine Priorisierung der einzelnen Daseinsbereiche vornehmen, um auf die Knappheit der finanziellen Mittel zu reagieren. Da die Finanzdirektion auch die eingenommenen Gebühren für Wasser und Abwasser nicht getrennt darstellte, fehlt ja auch der Einblick, ob die vorhandenen Mitteln auch für die Reinvestitionen genutzt wurden. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Reinvestitionen im Bereich Abwasser und Straße sind als zu gering anzumerken. Gleiches galt für den Verkehrsfinanzierungsvertrag bei den Linien. Die Umsetzung der Investitionspläne stieß in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge, damit ich das noch einmal unterstreiche, auch auf zeitliche Beschränkungen. Die verantwortlichen Stellen des Hauses Graz koordinierten sich bei Reinvestitionen der einzelnen Leistungsträger um die Bevölkerung von vermehrten Baustellen und Straßensperren zu entlasten. Und jetzt kommt ein wesentlicher Punkt, der Ausbau des rund 232 Millionen großen Investitionsstaus, also wir haben einen Investitionsstau in der Größenordnung von 232 Millionen, und die laufenden Investitionserfordernisse ergaben einen gesamten jährlichen Bedarf von 106 Millionen Euro, wovon 82 Millionen Euro die Stadt Graz zu tragen hatte. Allerdings wurde bei dieser Summe der Investitionsrückstau im Bereich Wasser, deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet, wenn ich das unterstreichen darf, mehr als ein halbes Jahrhundert und im Bereich des Kanals rund 36 Jahre dauern. Also in diesen Bereichen haben wir tatsächlich eine große auf uns zukommende

Problematik. Durch diesen Bericht soll der Gemeinderat in die Lage versetzt werden, einen Überblick über die einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge zu erhalten. Mit diesem Überblick könnte er entsprechende Priorisierungen (Wasser, Abwasser) ist ein Steckenpferd von mir, gebe ich schon zu, bezüglich der Zuteilung der knappen finanziellen Mitteln auf die einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge zu deren Erhalt vornehmen. Der Kontrollausschuss stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Der Gemeinderat nimmt den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat nimmt den gegenständlichen Bericht, sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR Dr. Hackenberger

9.22 Stk. 24) WG-039853/2016/0080

Wohnen Graz – Umfassend energetische Sanierung der WEG-Einheiten Münzgrabenstraße 185a (HKZ 947) und Münzgrabenstraße 189,191 (HKZ 958); Haftungsübernahme für Darlehen

GR Dr. Hackenberger:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer hier im Raum und an den Bildschirmen. Ich habe ein Sanierungsprojekt von Wohnen Graz

vorzustellen und zwar geht es um vier Häuser von insgesamt acht Wohnhäusern in der Münzgrabenstraße, 185 bis 191. Das ist eine Wohnungseigentumsanlage, alle acht Häuser, wovon bei vieren die Stadt Graz Alleineigentümerin ist. Und um diese vier geht es auch heute. Es ist in den vergangenen Jahren einiges an Sanierungsarbeiten bei den anderen Häusern gemacht worden. Was aber hier ansteht, und zwar schon ziemlich lange, ist vor allem eine umfassende energetische Sanierung der restlichen vier Häuser, die, wie gesagt, alle im Eigentum der Stadt Graz stehen. Naturgemäß bleibt es bei einer energetischen Sanierung nicht nur bei diesem reinen Dämmen der Außenmauern und der Keller und Obergeschosdecken. Selbstverständlich wird es zum Anlass genommen, auch sonstige Maßnahmen zu setzen, die ansonsten unwirtschaftlich wären, wenn man sich nachher durchführen würde. So gibt es also umfangreiche Verbesserungsmaßnahmen an der Gebäude- und Haustechnikinfrastruktur und es werden neue Fensterelemente teilweise verbaut und Balkone angebaut. Balkone sind ja etwas, was man vor 40 Jahren noch nicht so wirklich ins Zentrum gestellt hat. Und heutzutage ist eine Wohnung ohne Balkon eigentlich ein No Go, ist für die meisten Menschen einfach untragbar. Die Bauleistungen sind bereits 2018 ausgeschrieben worden, nach den Regeln des Bundesvergabegesetzes. Und der Kostenrahmen beträgt insgesamt ca. 2,3 Millionen Euro, nämlich 708.000 Euro für das Haus Münzgrabenstraße 185a, da sind sechs Wohnungen drinnen und 1.565.000 Euro für die Häuser 189 und 191 mit insgesamt 23 stadteigenen Wohnungen. Es gibt dort eine Reparaturrücklage und die Kosten, die diese Reparaturrücklage übersteigen, sollen über Sanierungsförderung beim Umweltamt der Stadt Graz und den zuständigen Förderstellen beim Land und Bund finanziert werden. Es wird also nach der Endabrechnung beim Land Steiermark ein Darlehen aufgenommen werden, dessen Plafond bei den derzeit veranschlagten Gesamtumbaukosten liegt. Und es ist so, dass das Darlehen nicht von Wohnen Graz zurückgezahlt werden wird, sondern über eine erhöhte Einzahlung in die Reparaturrücklage über diese Rücklage in 20 Jahren zu tilgen sein wird. Die Maßnahme ist im Hinblick darauf besonders wichtig, dass dort fast alle Wohnungen derzeit noch mit Gas beheizt werden und aufgrund einer sehr unglückseligen Versorgung mit der an sich vorhandenen Fernwärme, die dort nämlich

in Serie durch die ganzen Häuser geschaltet ist, sodass, wenn sie im zweiten Stock links oben einen Fernwärmeanschluss machen, die das Warmwasser durch das ganze Haus durchgeht und nur noch einen Bruchteil von dem warmen Wasser ankommt, ist also zu besorgen, dass man die Bewohner nicht sehr leicht zu einem Umstieg zur Fernwärme bewegen wird können, weil die Heizkosten deutlich hinauf schnellen würden. Und deswegen ist es natürlich besonders wichtig, dass man auf der anderen Seite beim Verbrauch, durch eine optimale Dämmung, wenigstens den Gasverbrauch und damit die Gasemissionen so weit wie möglich hinunterbringt. Das soll auch geschehen, und in Zahlen ausgedrückt ergibt es, dass man beim Heizwärmebedarf von derzeit 218 Kilowattstunden pro Quadratmeter auf künftig 43 hinunterkommen wird, was bedeutet, dass allein für diese drei Häuser jährlich mehr als 55 Tonnen CO₂ eingespart werden können. Ich stelle als Annahmen des Verwaltungsausschusses für den Eigenbetrieb Wohnen den Antrag, dass beschlossen werden möge, dass die Stadt Graz als Miteigentümerin für die zwei aufzunehmenden Darlehen die Haftung beziehungsweise die Bürgschaft übernimmt. Geld muss keines fließen, weil das vom Wohnen Graz selbst gemanagt wird. Ich bitte um Annahme dieses Stücks. Danke.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz als Miteigentümerin der WEG Münzgrabenstraße 185a, 187a-h, 189-199 stimmt den geplanten umfassend energetischen Sanierungen der beiden Abrechnungs- und Abstimmungseinheiten Münzgrabenstraße 185a mit den anteiligen Gesamtkosten von € 708.000 exkl. USt. und Münzgrabenstraße 189, 191 mit den anteiligen Gesamtkosten von € 1.565.000 exkl. USt., sowie den dazu notwendigen Darlehensaufnahmen durch die WEG und der damit einhergehenden Haftungsübernahme der Stadt Graz als Miteigentümerin – maximal in der Höhe der jeweiligen Gesamtkosten für längstens 20 Jahre – zu.

Die Finanzierung d s Projektes erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Wohnen Graz.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Herzlichen Dank für die ausführliche und gute Berichterstattung. Gibt es Wortmeldungen dazu? Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich vielleicht nur noch auch zur Information ergänzen, das wird auch den Herrn Gemeinderat Huber interessieren, er hört zwar jetzt nicht zu, aber er wollte mir in der Fragestunde ja bezüglich PV-Anlagen an Balkonen eine Frage stellen und da kann ich vielleicht vorweg auch ihm nur zur Information auch sagen, oder Ihnen, das ist ja generell nicht unwichtig, dass wir im Wohnung Graz einen anderen Weg gehen, und zwar indem wir Energiegemeinschaften bilden. Und eine Wohnhausanlage, neben zwei, die jetzt gerade auch in Bearbeitung und eigentlich auch im Fertigstellen sind, ist eben auch in dieser Wohnhausanlage, die umgangssprachlich Harmsdorfsiedlung heißt, und dort werden wir das auch vornehmen. Das wollte ich Ihnen nur zur Information geben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatte: KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther

**9.23 Stk. 26) A10/BD-138392/2021/19
A8/4-66529/2019
A8-205500/2022/57**

**Bauliche Umsetzung Tennenmälzerei-
Zwischennutzung**

- 1. Projektgenehmigung in Höhe von Euro 996.000,- für die Jahre 2023 – 2024**
- 2. Budgetvorsorge über Euro 40.000,- für das Jahr 2023**

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Liebe Kolleg:innen, sehr geehrte Zuschauerinnen. Ich darf ein wirklich schönes und erfreuliches Stück berichten, nämlich die konkreten Pläne zur zumindest einmal Zwischennutzung der Tennenmälzerei, die zwar jetzt leider nicht mehr so deutlich als Landmark zu erkennen ist im Reininghausgelände wie früher, weil sie jetzt eigentlich klein wirkt zwischen diesen ganzen Hochhäusern, während sie früher so massiv auf diesem Grund gestanden ist und jedem aufgefallen ist. Wie auch immer. Aber trotzdem ist sie als Gebäude, das der Stadt Graz gehört und das für Gemeinschafts- und Kulturzwecke genutzt werden kann und auch soll, für die Bevölkerung dort sehr wichtig. Ich bringe heute den Vorschlag und hoffe auch, dass der beschlossene, möglichst einstimmig, dass für eine Zwischennutzung dieses Gebäudes 996.000 Euro freigegeben werden. Wie gesagt, es werden dort vermutlich 2025 alle der ca. 10.000 Bewohner:innen eingezogen sein. Und für diese Menschen braucht das natürlich so was wie ein Kultur- und Community-Zentrum. Leider sind wir aus mehreren Gründen nicht in der Lage, dass, wie eigentlich in der Idee geboren, das fertig zu stellen, das liegt zum einen an der angespannten finanziellen Situation der Stadt, aber natürlich auch daran, dass dieses Gebäude, das ja unter Denkmalschutz steht, nicht so leicht herzurichten ist, wie man sich das vielleicht als Laie denkt. Wer jemals mit denkmalgeschützten Gebäuden zu tun hatte, weiß, welche Auflagen hier zu erfüllen sind. Und das ist ja auch Anspruch der Stadt, dass man sich an diese Auflagen hält. Nichtsdestotrotz, es sollen zwei wichtige Aspekte mit diesem Zwischennutzungsprojekt, das sich zumindest einmal auf die beiden unteren

Stockwerke des Gebäudes beziehen wird, bedient werden. Wir haben das im Ausschuss gesehen, einmal der Bereich Community in Reininghaus, auch bezeichnet als Wohnzimmer der Stadt und dem Bereich Kunst und Kultur Reininghaus, Spielräume für den Stadtteil. Bespielt werden soll das jeweils einmal von dem Stadtmanagement, das dort jetzt schon ansässig ist, das wird auch in das Gebäude ziehen, das werden die einzigen beheizten Räume sein oder beheizbaren Räume sein oder sofort bei beheizbaren Räume sein in diesem Gebäude, was den Vorteil hat, dass dieses Stadtteilmanagement dort auch schon einen Anlaufpunkt hat für die Bewohner:innen, damit die das Gebäude halt auch viel mehr schon einmal für sich adaptieren können. Sie können sich das dort auch eben anschauen können, mit denen absprechen, wie sie es nutzen wollen, was sie nutzen wollen, ganz egal ob von der Geburtstagfeier, bis zum Flohmarkt oder zum Spieleabend. Es ist eigentlich alles möglich, was dort räumlich passend ist. Es ist die nötige Infrastruktur da, zum einen die Sanitäreinrichtung, zum anderen ist eben die Begehbarkeit gesichert. Das war etwas, ist etwas, was gar nicht so selbstverständlich ist bei einem Gebäude, das kein Stiegenhaus besitzt, muss man dazu sagen, weil das früher einfach nicht notwendig vorgesehen war. Und da muss ich jetzt auch noch einen großen Dank, also unsere Ämter leisten ja in vielen Bereichen hervorragende Arbeit. Aber ich muss einer Person, möchte ich hier persönlich danken, das ist nämlich die Frau Frisch, die das so toll in die Wege geleitet hat, die nämlich nicht nur diese Umsetzung zur Zwischennutzung jetzt möglich gemacht hat, sondern die, und sowas, glaube ich, steht in keiner Jobdiscription, einfach so blitzschnell mitgedacht hat, als nämlich bei der Vorklinik die Sachen, die Einrichtungsgegenstände verschenkt wurden, hat sie sofort zum Hörer gegriffen und hat für dieses Community Center wirklich schöne, und auch ökologisch natürlich wertvoll, weil es wiederverwertet ist, sie hat Tische, Stühle, Lampen und so weiter gesichert, die dort den Leuten jetzt zur Verfügung stehen. Weil, ich meine, einen Spieleabend macht man halt ohne Tisch auch nicht so gerne und ohne Stühle. Und das ist aber jetzt einfach alles da. Dieser zweite Bereich, der bespielt werden kann für kulturelle Zwecke, der wird vom Kulturamt kuratiert und bespielt werden. Dort können sich vor allen Dingen Kulturschaffende aus der Freien Szene melden, die dort veranstalten wollen. Auch

etwas ganz Wichtiges, weil der Grazer Westen rund um dieses Gebiet, ich sage es einmal freundlich ausgedrückt, relativ kulturarm. Also die Kulturszene, die Spielorte konzentrieren sich eigentlich schon sehr in der Innenstadt, aber es wäre auch natürlich sehr wichtig, dass man hier dezentral ist und mit 10.000 Bewohner:innen, da hat man einfach auch schon sehr viel Publikum und wer jemals bei so einer Veranstaltung war, von diesen kleineren Veranstaltungen, die es dort jetzt im öffentlichen Raum gab, weiß, sowas wird auch nachgefragt und auch genutzt. Da waren echt viele Leute da, die gesagt haben, die einfach mal gekommen sind, schauen, weil sie da halt wohnen, und die gesagt haben, sie wünschen sich eigentlich, dass da noch viel mehr passiert. Das Ganze soll eben im Juli 2024 schon verfügbar sein, also das geht auch relativ schnell, diese Umsetzung. Und natürlich wird dabei, der Zwischennutzungszeitraum ist jetzt erst mal bis 2028 angedacht, in dieser Zeit ist allerdings kein Stillstand, sondern in dieser Zeit werden die Pläne gemacht bis zur weiteren Umsetzung, die, wenn sie finanziell und auch denkmalschützerisch machbar sind, passieren soll alles, was jetzt passiert an Umbauten und an Zugänglichmachungen, das wird schon perspektivisch so hergestellt, dass dann in Folge auch das Dachgeschoss, da gab es ja diese Pläne, dass dort eine Bibliothek reinkommen soll, ist auch sehr wünschenswert. Diese Pläne sind auch nicht vom Tisch, keineswegs. Alles ist noch möglich. Es fehlt einfach derzeit nur an Geld und an Kapazitäten und auch an den baulichen Möglichkeiten, das jetzt schon umzusetzen. Es wird aber jetzt nichts verbaut, im Gegenteil, es wird eigentlich alles so zugänglich gemacht, dass das dann möglich ist. Und ja, ich freue mich schon auf den ersten Besuch dort. Ich bin überzeugt, ich stehe auch im regen Austausch mit der Bezirksvorsteherin, die mir auch gesagt hat, sie hat ganz viel positives Feedback schon von den Bewohner:innen und was dort dann viel passieren wird. Ich glaube, da werden wir ein schönes, neues Zentrum für diesen Stadtteil, und darüber hinaus, für diesen ganzen Grazer Westen eigentlich bekommen. Und deswegen bitte ich Sie um Annahme des Stücks.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Projektgenehmigung „Bauliche Umsetzung Tennenmälzerei
Zwischennutzung“ in Höhe von Euro 996.000,- wird beschlossen.*

Die Mittel verteilen sich in den Jahren 2023 bis 2024 wie folgt:

2023 Euro 40.000,-

2024 Euro 956.000,-

- 2. Der Budgetvorsorge in Höhe von Euro 40.000,- für 2023 wird zugestimmt.*

Der Finanzierungs-und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	FVA 2023	EVA 2023
210	362000	1.061000	12103180	Tennenmälzerei Zwischennutzung / Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	D.210318	+40.000	
180	362000	2.346000		Investitionsdarlehen		+40.000	

Die entsprechenden Budgetmittel für das Jahr 2024 in Höhe von Euro 956.000,- werden auf der Kombination Finanzstelle 210/ Fonds 362000/ Finanzposition 1.061000/ HHP 12103180/ Deckungsring D.210318 in SAP zur Verfügung gestellt.

Die Bedeckung in Höhe von Euro 996.000,- für 2023 bis 2024 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

3. Die Abteilung für Immobilien nimmt im Rahmen ihrer Funktion als Auftraggeberin (anweisungsbefugte Stelle) die Projektleitung wahr.
4. Die Stadtbaudirektion/Referat Hochbau wird ausgehend von den Ergebnissen der Grundlagenerhebung, der Machbarkeit und den baulichen Gegebenheiten vor Ort ein geladenes Verfahren zur Planer:innenfindung durchführen. Sie übernimmt während der Umsetzung die Projektbegleitung, die technische Nutzer:innenvertretung und die Qualitätssicherung hinsichtlich Baukultur. Darüber hinaus übernimmt sie die stadtinterne Koordination mit den Behörden und Abteilungen und die Koordination mit den Stakeholdern der benachbarten Liegenschaften, um alle organisatorischen Möglichkeiten für die schnelle Abwicklung des Projektes ausschöpfen zu können.
5. Die GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH wird als Generalunternehmerin mit der operativen Projektdurchführung/Bauabwicklung der Zwischennutzung beauftragt. Die Verrechnung an die Auftraggeberin erfolgt nach tatsächlicher Abrechnung der weiter vergebenen SUB-Leistungen (inkl. Skontoabzug) zuzüglich des GBG Baubetreuungsentgeltes.
6. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, den Zwischennutzungsprozess gemeinsam mit dem bereits befassten Stadtteilmanagement in Reininghaus zu konzipieren und zu begleiten.

GR Brandstätter:

Sehr geehrte Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. In Reininghaus werden bald mehr als 10.000 Menschen leben. Und seit Beginn dieser Projekte war auch immer klar, dass die Tennenmälzerei in ihren historischen Bestandsschutz ein wichtiger Bestandteil dieses Stadtteils werden soll, wenn es darum geht, in diesem Stadtteil selbstverständlich auch einen Ort für die Menschen zur Verfügung zu stellen. Es geht um einen Ort, wo man sich begegnen kann, wo man Gemeinschaft leben kann, wo es aber vor allem auch darum geht, dass wir als Stadt selbstverständlich auch einen Service für die Menschen in diesem Stadtteil darstellen.

Anfang der Periode haben Sie, Frau Vizebürgermeisterin, dann als Gestalterin der Stadt, wie Sie sich gerne selbst bezeichnen, beschlossen, dieses Projekt an sich zu ziehen und das ist grundsätzlich Ihr gutes Recht als Gestalterin. Aber was wir jetzt hier und heute sehen, ist außerordentlich unzufriedenstellend und hat mit Gestaltung im besten Sinn gar nichts zu tun. Wenn überhaupt, kann man es Greenwashing nennen, das würde zumindest zum Namen Ihrer Partei passen. Es ist befremdlich, dass Sie sich jetzt teure Provisorien mit knapp 1 Million Euro ausdenken, die sich aber nicht auf das Wesentliche konzentrieren, was dieser Stadtteil in Wirklichkeit braucht. Im Stadtteil Reininghaus fehlt es nach wie vor an wichtiger öffentlicher Infrastruktur, wie einer Stadtbibliothek, einem Servicecenter oder einer Familienberatung. Eine Pop-up-Stadtbibliothek oder Bibliothek, ist keine Stadtbibliothek im klassischen Sinn, ein Ort, der nur in den Sommermonaten genutzt werden kann, ist auch nicht das, was man in einem Stadtteil mit mehr als 10.000 Menschen dringend bräuchte. Daher ist es geboten, nicht eure Provisorien für grünes Wählerklientel umzusetzen, sondern mit der Koalition endlich Geld für die wirklich notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Dieses Projekt ist erneut bezeichnend für die Arbeit dieser Koalition. Halbe und unausgelegene Sachen werden als Erfolg verkauft und der angekündigte Bürgerbeteiligungsprozess soll erst stattfinden, nachdem man etwas umgesetzt hat. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, das können Sie besser, das muss auch besser gehen und daher können wir diesem Vorschlag heute leider keinesfalls unsere Zustimmung geben.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte jetzt auf die Genese eigentlich weniger eingehen, aber doch daran erinnern, dass die Tennenmälzerei uns alle schon sehr lange beschäftigt und uns, glaube ich, das Bemühen eint, dass dort endlich etwas weitergehen soll, das ist klar. Zwei Aspekte möchte ich trotzdem ganz kurz herausarbeiten. Es hat zwei Besprechungen gegeben mit den Büros Schwentner und Riegler unter Beteiligung der Stadtbaudirektion, der Immobilienabteilung, die Frau DI

Frisch, die heute schon erwähnt worden ist, war natürlich auch anwesend und hat das präsentiert. Dank an alle beteiligten Ämter kommt natürlich auch von unserer Seite. Ich möchte auf zwei Rückmeldungen hinweisen, einerseits was jetzt den Kulturbetrieb anlangt, weil da ist in der Berichterstattung einfach gesagt worden, es kommt quasi das Kulturprogramm vom Kulturamt. Ich darf daran erinnern, dass der Herr Kulturamtsleiter Michael Grossmann bei dieser Besprechung dagegen schärfstens protestiert hat. Aus zwei guten Gründen. Erstens hat er gesagt, dass er das Amt nicht programmieren wird, was ich grundsätzlich für einen richtigen Zugang halte einer Verwaltungseinheit, und zweitens hat er auch gesagt, dass er weder das Personal noch das Budget dazu hat. Es ist mir vollkommen schleierhaft, wie man plötzlich sagen kann, der macht das. Ich möchte das einmal hier ganz dringend richtigstellen. Das ist, glaube ich, auch unverantwortlich den Kollegen und Kolleginnen gegenüber im Kulturamt. Das ist einmal das erste. Das zweite ist, es gibt einen Gemeinderatsbeschluss, wo wir uns alle darauf verständigt haben, dass die Serviceleistungen ein großer Auftrag sind, der auf jeden Fall umzusetzen ist. Die Stadtbibliothek, die Servicestelle und einige andere Dinge. Ich habe sehr viel von Spieleabenden gehört, aber relativ wenig davon, dass man diese Dinge auch konkret umsetzen muss. Das hat Priorität, weil wir sind uns, glaube ich, einig, das haben schon viele auch zu diesem Thema hier im Gemeinderat gesagt, Reininghaus braucht ein Zentrum, braucht Austauschmöglichkeiten, braucht Anlaufstellen. Das ist ganz wichtig, damit die Leute sich dort heimisch fühlen, dass man dort nicht sofort irgendwelche Szenarien hat, die das Zusammenleben schwierig machen. Und wir müssen diesen Stadtteil nach Möglichkeit auch durch solche Maßnahmen so gestalten, dass es für die Bürger und Bürgerinnen, die dort leben, besonders lebenswert ist. Das ist das zweite. Dritter Punkt, wenn wir von der kulturellen Nutzung sprechen, möchte ich schon in Erinnerung rufen, dass es vom Kulturstadtrat einen konkreten Vorschlag gibt, genau genommen nämlich zwei. Eine Variante eins, wo es letztendlich darum gegangen ist, dass man Kulturveranstaltungen mittels Calls macht und dort eben auch ein Standortmanagement einrichtet und eine zweite Variante mit einzelnen Förderansuchen über, die Fachbeiräte abgewickelt werden. Es ist auch finanziell dargestellt worden, nur offensichtlich besteht keine

Möglichkeit diese Budget zu bekommen. Und das bringt mich zu einem weiteren großen Kritikpunkt in diesem Stück, nämlich dass die finanzielle Bedeckung hier nicht vorgesehen ist. Man möchte dem Kulturamt, wo wir nicht einmal noch wissen, wie das Budget ausschauen wird, die Verantwortung für die kulturelle Bespielung geben, ohne die Mittel zur Verfügung zu stellen. Sollte ich mich hier irren und es wird etwas zur Verfügung gestellt, freue ich mich, kann man das gerne zur Kenntnis, dann ist der Herr Kulturstadtrat sicher bereit, das noch einmal aufzumachen gemeinsam mit dem Kulturamt. Aber im Moment schaut es so aus, als wären dafür die Mittel nicht zur Verfügung. Und die Erzählung, die daraus entstehen könnte, wäre, dass das Interesse an der kulturellen Bespielung nicht bestünde und das möchte ich hier ganz dringend in Abrede stellen. Das Kulturressort bemüht sich seit Jahren darum, dass hier was Gescheites passiert und ist dementsprechend auch mit vielen Kulturschaffenden im Austausch, die sich selbstverständlich auch etwas erwarten von diesem Ort. Weil da haben viele, ich denke jetzt nur an Initiativen wie Reiningherz, schon seit vielen Jahren auch Überlegungen angestellt und das Interesse wird eigentlich größer und nicht kleiner. Und zum letzten möchte ich nur sagen, es gibt ein Provisorium, das jetzt einmal im Stück für fünf Jahre angesetzt ist, in den Besprechungen und auch in Stück steht drinnen, dass das eventuell ausgeweitet werden sollte. Es geht einfach auch darum, wie kann man die Tennenmälzerei langfristig wirklich gut nutzbar machen. Und wenn wir davon reden, dass da so viel stattfinden soll, dann müssen wir uns auch nämlich finanziell um Dinge, wie die Organisation, die Ansprechpersonen vor Ort, neben dem was bereits jetzt vorhanden ist, auch über ganz profane Dinge wie Reinigung Gedanken machen, damit und von vorne herein gut läuft. Da sehe ich leider Gottes einiges an Schwierigkeiten. Und ich hoffe sehr stark, dass das Kulturressort mit den finanziellen Mitteln für das, was hier geplant ist, ausgestattet wird und man nicht auf Umwegen aus anderen Ressorts das quasi deckt, mit dem man das Kulturressort leider aushungert. Danke.

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geehrter Stadtsenat, werte Kolleginnen. Ich möchte das Thema beleuchten, ein bisschen von einem stadtplanerischen Aspekt und in dem Sinne, wie bauen wir? Weil, wenn man ein Gebäude hat, wie die Tennenmälzerei, das ist ja schon angesprochen worden, dann darf man nicht drum herum so bauen, wie dort gebaut wurde. Und ich weiß nicht, da war ich noch nicht hier, wer das beschlossen hat im Gemeinderat, aber das kannst du so einem alten Gebäude, das du als unter Denkmalschutz stehend irgendwie pflegen und am Leben erhalten willst, dann kannst du drum herum so nicht bauen. Das heißt, das Ganze hat einen Grunddefekt. Und da widerspreche ich der Kollegin Braunersreuther, das mag wohl mal möglich gewesen sein, hier vielleicht Kleinkunst und alles Mögliche anzudenken, aber das passt jetzt nicht mehr zu der Art des Bauens dort. Das ist ein hochmoderner, in Teilen hochmoderner neuer Stadtteil, dem entgegengesetzt ist etwas Altes. Und das ist das Problem, das aufzulösen ist. Und das kann man nicht klein betrachten mehr im Sinne von Kleinkunst, dann machen wir einmal Geburtstag, dann machen wir vielleicht eine Laientruppe. Wo Kleinkunst funktioniert, so einen Ort haben wir schon gehabt in Graz. Das ist nämlich das KiStL. Und das wird es nicht mehr geben. Das KiStL war etwas, in dem Raum nicht, der wunderbar für es KiStL funktioniert hat. Ich war oft dort, es war charmant, es ist wirklich, es ist etwas Neues angedacht, da muss man erst einmal schauen, was da kommen wird. Aber da in Reininghaus wird das nicht mehr funktionieren. Das heißt, ich bin ganz bei der Kollegin Unger und auch beim Herrn Stadtrat, das muss, wenn schon jetzt so monströs dort gebaut worden ist, das ist wirklich so für mich, dass irgendwelche griechischen Titanen wie mit Betonbeinen auf so ein altes kulturelles Pflänzchen drauf treten, dann muss man eine neue Lösung finden, aber die muss groß sein. Und das muss ein multifunktionales Zentrum sein, so wie es angedacht war. Da bin ich ganz bei Ihnen. Und dafür muss man wieder weil die Mittel bereitstellen, sonst wird das, was jetzt ist, Geldverschwendung sein und das, was nachkommt eine Totgeburt. Bitte das Ganze neu andenken und wir werden dem natürlich nicht zustimmen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Dankeschön, das KiStL ist im Übrigen ist kein städtisches Objekt. Nur, damit wir das wissen, die Stadt hat hier niemanden rausgedrängt, das ist ein privates Wohnhaus. Und auch dort diese Bauten in Reininghaus sind keine kommunalen Wohnungen. Nur damit Sie das ein bisschen wissen.

StR Dr. Riegler:

Ich möchte mich zunächst bedanken bei der Claudia Unger, die das, glaube ich, alles schon sehr gut historisch und inhaltlich eingeordnet hat. Das worunter ich, muss ich gestehen, seit zwei Jahren ein bisschen leide, ist, dass halt diese Regierungskoalition eigentlich mittlerweile zum siebten oder achten Mal, ich werde es noch genau nachlisten, eigentlich reinregiert und drüberfährt. Es ist großartig, dass die Frau Schwentner gleich zu Beginn der Gemeinderatsperiode gemeint hat, jetzt zieht sie das natürlich an sich, weil sie hat ein großes, wichtiges Ressort, sie ist ja die einzige Planerin in Graz, die also Planungen durchführt, die anderen tun ja nichts planen. Jedenfalls, so kann man es in der Kleinen Zeitung nachlesen, Judith. Und jedenfalls hat sie also durchaus zu Recht stadtplanerisch angekündigt, jetzt machen wir einen Bürgerbeteiligungsprozess, jetzt schauen wir, was wir da machen. Mittlerweile sind zwei Jahre vergangen, so schnell rennt die Zeit, es ist November. Wir hatten vor zwei Jahren im November die Angelobung der Stadtregierung, bisher ist nichts passiert. Es wurden Mittel genehmigt für irgendwelche Bürgerbeteiligungsprozesse, die nicht stattgefunden haben. Und jetzt stellt dir vor, jetzt finden wir heraus, und die Frau Braunersreuther betätigt sich dann sozusagen als liebenswürdige Unterstützerin und Verteidigerin, sozusagen, das ist ja was ganz etwas Tolles, ein großartiger Tag, dass man dort Kindergeburtstage in einer Baustelle machen kann, bei der man dann im Übrigen in ein chemisches Klo gehen muss, weil es dort natürlich keine WC-Anlage gibt, wo man dann natürlich selbstverständlich keine Fenster drin hat. Das heißt, es ist stockfinster. Man kann das Ganze natürlich nur von Mai bis Oktober bespielen, weil es muss ja in der warmen Jahreszeit sein. Und das Beste ist, dann wird man eingeladen

als Kulturstadtrat, der dafür zuständig ist, dass man Vorschläge machen darf, dann bringt man einen Vorschlag und dann wird halt einfach ein Gemeinderatsstück ohne Befassung des Kulturamtes hier ausgeteilt und vorgetragen. Das heißt, es werden hier an zwei Stellen Aufträge und das Kulturamt erteilt, und Sie werden das wahrscheinlich jetzt alle beschließen, gratuliere, allerdings ohne, dass man überhaupt das Kulturamt einbezieht. Also einen solchen dermaßen niedrigen Zustand der politischen Kultur, wie die Mehrheitsfraktionen, die eine Koalition bilden, hier in diesem Haus umgehen, und ich bin auch schon seit 2004 Zeitzeuge in diesem Haus, das habe ich noch nicht erlebt. Das ist ein echter Wahnsinn. Es werden regelmäßig Beschlussstücke, Beschlussunterlagen von Regierungskollegen, die wir sind, runtergezupft, wie jetzt die Baustellenförderung vorgestern, ich kann euch gerne die Listen schicken, mit Dingen, wo ihr knallhart drüberfährt, wo ihr beinhart einfach, obwohl alle Fragen geklärt sind, sagt, das machen wir jetzt doch nicht und das beschließen wir nicht. Und dann werden umgekehrt in Gemeinderatsstücken der Stadtbaudirektion auf einmal Aufträge an das Kulturamt erteilt, ohne dass man das Kulturamt dazu einlädt, gemeinsam ein Stück zu machen. Und das ist halt der Stil, dieser neue, dieser vielgepriesene, ich kann mich noch gut erinnern, Pressekonferenz, Regierungsbildung, alles neu auf Augenhöhe, alles im grünen Bereich und alles fair und freundlich und dann wird drübergefahren, als ob die Hälfte reicht. Dankeschön.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Wieder einmal die ganze Polemik weg. Ich würde gerne vielleicht sagen, wie es dazu gekommen ist, dass die Stadtbaudirektion mit der Entwicklung der Tennenmälzerei beschäftigt wurde, nämlich über die eigentlich zuständige Immobilienabteilung wurde das Projekt an die Stadtbaudirektion hereingetragen. Und es ist nun einmal so, dass das in meiner politischen Zuständigkeit liegt und dafür muss ich mich, glaube ich, nicht entschuldigen, sondern, ich habe die Verantwortung angenommen, die Entwicklung der Tennenmälzerei durchzuführen gemeinsam mit den Fachabteilung. Ich möchte mich an dieser Stelle der Kollegin Braunersreuther anschließen, beziehungsweise vor

allem dem Dank an die Frau DI Frisch, die ein superschönes Zwischennutzungskonzept uns präsentiert hat. Nichts anderes war der gemeinsame erste Termin zu dem wir eingeladen haben, nicht nur euch, Kulturamt, sondern auch der Stadtteilmanagement Reininghaus, wo wir einfach, wo Frau Frisch einfach präsentiert hat, wie es möglich ist, trotz der massiv angespannten budgetären Situation. Wir haben keine 20 Millionen, um das zu entwickeln, was da ursprünglich gedacht ist, beziehungsweise überhaupt das Haus endgültig zu sanieren, aber es zumindest zwischenzeitig zugänglich zu machen, weil das total wichtig ist. Warum? Es ziehen die ersten Menschen in diese Türme rund herum ein und da leben Menschen. Das heißt, es muss von Anfang an auch das Gefühl sein, das ist ein Ort, der für sie gedacht ist, der nachbarschaftlich genutzt werden kann, der vom Stadtteilmanagement genutzt werden kann und auch wird. Und das war das Angebot in der Kulturabteilung. Ich habe auch noch einmal die Tabelle jetzt gerade mir angesehen, an die Kulturabteilung mit dir, werter Herr Kollege Riegler, das gemeinsam weiterzudenken. Das war ein Angebot, das Angebot steht noch immer. Wir machen uns gerade mit dem Stadtteilmanagement auch Gedanken dazu. Ich finde, das ist ein wirklich schönes Projekt mit vielen Chancen der Zwischennutzung, das ist gerade budgetär möglich und das kann viel hergeben und ich verwehre mich dagegen, dass das jetzt so schlechtgeredet wird. Danke.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

In diesem Fall möchte ich schon die Möglichkeit eines Schlusswortes nutzen. Genau, zur politischen Zuständigkeit hat die Stadträtin schon gesagt. Ich möchte mich da auch gegen den Vorwurf verwehren, auch im Sinne der Ämter, dass in den zwei Jahren nichts passiert ist. Es ist eine Menge passiert. Ihnen ist vielleicht aufgefallen, dass dort ein Baugerüst steht und das steht da, weil ständig am Erhalt dieses Gebäudes gearbeitet wird. Das ist eine Notwendigkeit und das passiert auch alles in enger Absprache mit dem Herrn Brugger vom Denkmalschutzamt. Mit dem, glaube ich, so Konzepte wie zum Beispiel der Bau einer Glasfront am südlichen Gebäudeteil, der klimatisch einfach, also der wahrscheinlich Temperaturen von 80 Grad oder so im

Innenbereich erzeugen würde, und wo es mir, also das sollte ja für ein Industriemuseum gedacht sein, museologisch den Magen umdreht, weil das hält kein Objekt aus, das hält noch nicht einmal irgendwie eine Folie aus, die irgendwo darauf geklebt ist, also wo es mir echt den Magen umdreht. Das sind diese Maßnahmen, die dort jetzt getätigt werden, die sind einfach der Notwendigkeit entsprechend. Und ich habe nichts gegen Visionen und Utopien, aber man muss schon auch schauen, was ist machbar, was ist realistisch umsetzbar und was ist eben im Sinne des Erhalt dieses Gebäudes auch zukunftsorientiert. Und da muss man eben auch wirklich, bei der realistischen Machbarkeit kann man zum Beispiel nicht für eine Bibliothek den Zugang über eine Rolltreppe von außen andenken, wenn man weiß, dass das Grundstück, von dem die Rolltreppe losgeht, die muss ja irgendwo ein Unten haben, dass das Grundstück überhaupt nicht der Stadt Graz gehört, weil überhaupt fast kein Grundstück um die Tennenmälzerei der Stadt gehört, außer ein kleines Stück im Süden, was nämlich jetzt auch verunmöglicht den Zugang, wie bei einer vorherigen Zwischennutzung über die Nordseite zu machen, weil einfach hier das jetzt privaten Bauträgern gehört. Das soweit zur Machbarkeit und zu diesen baulichen Maßnahmen. Was drum herum gebaut wird, dazu möchte ich schon betonen, das haben wir uns nicht ausgedacht. Dass das ganze Reininghausgelände, anstatt dass es die Stadt Graz übernimmt, an private Investoren verschachert wird, sage ich jetzt einmal so, das war nicht unsere Idee. Und auch diesen Masterplan Reininghaus, den wir letztendlich beschlossen haben, damit dort etwas Vernünftiges entsteht, dem haben wir dann schon zugestimmt, aber es hätte auch andere Alternativen gegeben, die meiner Meinung nach und unsere Meinung nach, der unserer Fraktion, besser für die Stadt Graz gewesen wären und für die Bewohner:innen gewesen werden. Vor allem für Bewohner:innen, die nicht entweder in 27 m² Wohnungen leben wollen oder die sich einer Eigentumswohnung leisten können dort, eine hochpreisige. Zu der kulturellen Nutzung, muss ich sagen, das verwirrt mich auch sehr. Also, ich glaube, ich gehen mit zu dieser Demenztagung, weil, als ich mit dem Herrn Grossmann geredet habe, hat er mir erzählt, dass es wahnsinnig viele Anfragen gibt für eine Nutzung dieses Gebäudes durch Kulturinitiativen, die keine zusätzliche Förderung dafür brauchen, weil sie

nämlich ständig auf der Suche nach Räumen sind. Sie kennen vielleicht auch, also das bekannteste ist wahrscheinlich das Theater im Bahnhof mit seinen variablen Spielorten, das mal hier mal da auch dann thematisch sich seine Auftrittsorte aussucht. Und aus der Kulturszene, aus der Freien Szene kommend, muss ich sagen, die Freie Szene hat sehr hohe Kompetenzen in Selbstorganisation und auch in konkurrenzfreier Selbstorganisation. Das heißt, wenn man Räume schafft und die zugänglich macht, dann schaffen die das, sich selbst soweit zu organisieren und abzusprechen, dass dort eine gute und sinnvolle und auch, ich sage einmal, kulinarische oder freudvolle Nutzung stattfinden kann. Das ergibt sich, weil die das können. Die Kompetenz ist da und da überfordert man niemanden. Das Kulturamt muss das managen und was ich gehört habe, ist es auch sehr gerne bereit dazu, weil sie dann nämlich nicht mehr alle Anfragen nach Spielorten abschmettern müssen, die Spielorte, die jetzt nicht gegeben sind. Das war das Schlusswort und ich bitte natürlich um breite Annahme.

StR Dr. Riegler: (zur tatsächlichen Berichtigung)

Weil von der Frau Klubobfrau Braunersreuther behauptet wurde, es wäre dort von der Stadt an private Investoren etwas verschachert worden. Genau das Umgekehrte ist der Fall. Erstens einmal ist es im Jahr 2010 ein einstimmiger Beschluss gewesen, diesen Rahmenplan Reininghaus zu entwickeln. Und zweitens, da muss ich aufklären, war der Eigentümer dieser gesamten Grundstücksflächen eine private Gesellschaft, und die Tennenmälzerei wurde dann von Privaten an die Stadt verkauft, weil eben wegen des Denkmalschutzes natürlich der Wunsch da war, dass man dieses Gebäude entwickelt. Natürlich ist es klar, dieses Gebäude hat für einen privaten Investor keinen Ertragswert, weil es eben sehr teuer ist, das zu entwickeln. Aber deshalb hat eben die öffentliche Hand, die Stadt, die Pflicht dort etwas zu kaufen. Aber es ist überhaupt von niemandem irgendetwas verschachert worden von der öffentlichen Hand an Private.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) angenommen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich muss noch etwas nachholen, bevor sie rausgeht. Alles, alles Gute, ich habe das nicht gewusst, Frau Gemeinderätin Manuela Wutte wird nächstes Jahr ein Baby erwarten. Alles Gute.

Ende Tagesordnung: 16.52 Uhr.